

Der Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Der Tabakarbeiter erscheint jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten, Buchhandlungen und Kolporteurs sowie durch die Expedition zu beziehen. — Preis vierteljährlich 75 Pfg. ohne Bringerlohn, per Kreuzband 1.15 Mk.; monatlich 25 Pfg., per Kreuzband 30 Pfg. Vorausbezahlung.

Anserte müssen bis Dienstag früh in unserer Expedition aufgegeben sein. Die 5gespaltene Beitzelle kostet 25 Pfg.; der Betrag ist voraus zu bezahlen. — Arbeitergesuche sind ausschließlich an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Faulenstraße 58/60, II. zu senden.

Nr. 30.

Sonntag, den 24. Juli.

1910.

An die Mitglieder.

Die 14. Generalversammlung beschloß am 19. Juli a. c.:

Alle infolge der Tabaksteuer arbeitslos gewordenen vollberechtigten Mitglieder des Verbandes erhalten, sofern die vom Staate gewährten Unterstützungen geringer sind wie die im Verbandsstatut gewährleisteten Arbeitslosenunterstützungssätze, vom 18. Juli 1910 an gerechnet, aus der Verbandskasse einen Zuschuß, bis die Höhe dieser Verbandsunterstützung erreicht ist.

In Fällen, wo vollberechtigte Mitglieder in eine besondere Notlage geraten, leistet der Verband wie bisher Beihilfe. Diesbezügliche wahrheitsgemäß begründete Anträge sind beim Vorstand durch die Bevollmächtigten einzureichen.

Wir ersuchen die Bevollmächtigten, nach dem Sinne der vorstehenden Beschlüsse zu verfahren.

Bremen.

Der Vorstand.

Das Defizitfieber.

Das deutsche Reichsschatzamt leidet seit Jahren am Defizitfieber. Keiner seiner Dirigenten kann dies Fieber, das infolge der militaristischen Sucht chronisch ist, lange ertragen. Die Reichsschatzsekretäre kommen und gehen, und man kann nie eine längere Amtsdauer garantieren, wenn er sich auch noch so große Mühe gibt, den Moloch Militarismus reichlich zu füttern. Dieser verschlingt mit fabelhafter Gefräßigkeit alles, was ihm hingeworfen wird und steht stets mit offenem Rachen vor dem Reichssäckel.

Kaum ist eine halbe Milliarde neuer Steuern beschafft worden — die er schon vorher auf Pump verschlungen hatte — und schon wieder ist ein neues Defizit im Reichsetat vorhanden. Vorsichtig läßt das Reichsschatzamt die Nachricht verbreiten, es sei im Reichsetat für das Jahr 1911 eine Mehrausgabe von 115 Millionen Mark zu konstatieren. Gleich hierbei wollen wir bemerken, daß diese Angabe ebenso wie alle früheren auf Defizite bezüglichen nicht als zutreffend aufgenommen werden darf. Aber man ginge fehl, wenn man den Stand der Reichsfinanzen günstiger veranschlagte würde, vielmehr muß man nach allen Erfahrungen annehmen, daß er viel ungünstiger ist, als er in der offiziellen Verlautbarung angegeben ist.

Die Mehrausgabe von 115 Mill. Mark lassen die offiziellen Einpeitscher vorläufig bis auf ein Defizit von 15 Millionen Mark zusammen schmelzen. 40 Mill. Mark verkünden sie, gingen ab infolge Wegfalls der einmaligen Beamtenbeihilfen und der Erbschaftsteuerzuschläge und 60 Mill. Mark soll das Reich an Zöllen und Steuern mehr einnehmen. Bleiben rund lumpige 15 Mill. Mark Defizit. Eine glatte Rechnung, das muß man sagen!

Aber uns interessiert eine Frage zu dieser — Rechnung. Wenn das Defizit im Drei-Milliarden-Etat des Reichs wirklich nur 15 Mill. Mark beträgt, ist es da nötig, daß der Reichsschatzsekretär den durch das Tabaksteuergesetz arbeitslos gemachten Tabakarbeitern die geringe Unterstützung entziehen will, die nach Artikel 11a des Tabaksteuergesetzes ihnen gesetzlich garantiert ist? Ein Defizit von 15 Mill. Mark gestattet dem Reichsschatzsekretär, großmütig statt knauserig die arbeitslosen Tabakarbeiter zu behandeln. Und es steht fest, daß ein Reichstag, der sich einem Defizit von nur 15 Mill. Mark gegenübergestellt sähe, sich gern bereitfinden lassen würde, mehrere Millionen Mark zur Unterstützung arbeitsloser Tabakarbeiter noch zu bewilligen, statt die Unterstützung zu kürzen oder sie gar zu entziehen.

Schon die oben gestellte Frage läßt die Angabe über die Höhe des Defizits unglaublich erscheinen. Es wäre in der Tat auch nicht der Rede wert, über ein so geringes Defizit überhaupt ein Vierteljahr vor dem Zusammentritt des Reichstags zu reden. Aber der hinkende Bote, der uns Schlimmeres melden wird, kommt sicher hinterher. Es fehlt zur Bestätigung der offiziellen Angabe die Aufklärung der Mehrkosten für ganz wesentliche Positionen. So die Mehrkosten der neuen Militärvorlage; dann die Gelder für die Veteranenbeihilfen usw., so daß eine Hundertmillionenforderung des Reichsschatzamts wohl nicht reichen würde, den Ausfall zu decken.

Aber sei dem, wie ihm wolle — trotz alledem hat das Reich in erster Linie die Pflicht, diejenigen zu unterstützen, die es durch seine Steuergesetzgebung existenzlos gemacht und ans Hungertuch geliefert hat. Kann ein Staat, wie Preußen, im Handumdrehen seinem Monarchen eine jährliche Zulage von 3 1/2 Mill. Mark machen, dann muß es ein Leichtes sein, die Unterstützungen für die arbeitslosen Tabakarbeiter aufzubringen. Es wäre noch schöner, wenn man diese Unterstützungen den Hungernden entzöge, während die Zwilliste des Königs von Preußen von ca. 16 auf ca. 20 Mill. Mark erhöht wird.

Die heuchlerisch-verräterische Zentrumsparlei hatte es sehr eilig, die Unterstützung nach Artikel 11a des Tabaksteuergesetzes für arbeitslose Tabakarbeiter auf 4 Mill. Mark zu beschränken, obgleich vorausgesehen war, daß diese Summe nicht reichen würde. Ebenso eilig hatte sie es aber, dem König von Preußen jährlich 3 1/2 Mill. Mark mehr in den Schoß zu werfen. Diese pfäffisch-heuchlerische Geschäftigkeit im Dienste der Herrschenden und Mächtigen zeigt mehr als manches andre die Feindseligkeit der Pfaffenparlei gegen die Arbeiter, die Gefühllosigkeit gegenüber dem Elend der von derselben Partei arbeitslos gemachten Arbeiter, denn nur mit Hilfe des Zentrums konnte das traurige Tabaksteuergesetz zustandekommen.

Die arbeitslosen Tabakarbeiter müssen gewärtig sein, daß diese heuchelsüchtige Partei ihnen ihr Bedauern ausdrückt über die Unmöglichkeit, ihnen noch mehr Unterstützungen bewilligen zu können, weil ein neues Defizit im Reichsetat vorhanden ist, besonders, wenn es weit über die jetzt gemachten Angaben hinausgeht. Es gibt keine Verräterei, deren das Zentrum nicht fähig wäre, das hat es bei der Tabaksteuergesetzgebung bewiesen.

Noch eins möchten wir zu der neuesten Defizitangabe bemerken. Man entsinne sich, daß im Etatsjahre 1907/08 das Defizit vom damaligen Reichsschatzsekretär Stengel auf 250 bis 300 Mill. Mark beziffert wurde, daß es sich aber im Laufe des Jahres 1908 zunächst auf 400, endlich aber auf 500 Mill. Mark erhöhte und daß der Reichsschatzsekretär Sydow behauptete, das sei das mindeste, was gefordert werden könnte. Die Steuerzahler müssen sich also gefaßt darauf machen, daß das neue Defizit anschwimmt wie der Pudel im Faust. Es verursacht sicher allen Betroffenen ein höllisches Fieber.

Aus der Reichsversicherungsordnungs-Kommission.

VII.

Bis zum 14. Juli hat die Kommission die Beratung der Krankenversicherung beendet. Die wichtigsten Aenderungen, die die Kommission beschlossen hat, bezogen sich auf die Bestimmungen für einzelne Gewerbe. Vorher nahm die Kommission den Vorschlag des Regierungsentwurfs über die Regelung des Verhältnisses zwischen den Krankenkassen und Apotheken im wesentlichen unverändert an. Hiernach ist wiederum die Selbstverwaltung der Arbeiter in einem der wichtigsten Punkte beschränkt worden. Während nämlich bisher die Krankenkassen das Recht hatten, mit einzelnen Apotheken Vorzugspreise festzusetzen und diesen Apotheken die alleinige Lieferung der Arzneimittel zuzugestehen, ist jetzt den Krankenkassen vorgeschrieben worden, den Bezug der Arzneimittel von allen Apotheken freizugeben, die zu denselben Bedingungen ihre Waren liefern. Damit ist es selbstverständlich den Kassen unmöglich gemacht, besondere Rabattkäufe von den Apotheken zu verlangen. Demgemäß ist in dem Gesetz selbst vorgeschrieben, daß die Krankenkassen nach näheren Bestimmungen der obersten Verwaltungsbehörde einen Abschlag von den Preisen der Arzneitaxe zu gewähren haben. Es ist jedoch ausgeschlossen, daß auf diesem Wege die Krankenkassen einen gleich höheren Rabatt erlangen können, wie sie ihn jetzt in verschiedenen Städten, z. B. in Berlin 20 Prozent, aus eigener Kraft erlangt haben. Auch für die Entrechnung der Arbeiterkraft hat das Zentrum den Ausschlag gegeben. Auf Anregung der Sozialdemokraten ist dagegen noch ausdrücklich hinzugefügt worden, daß die Krankenkassen berechtigt sind, den Bezug von denjenigen Arzneimitteln, die nicht aus den Apotheken, sondern von jedem andern Lieferanten bezogen werden können, auch von bestimmten Drogisten vorzuschreiben. Diese Frage war bisher strittig.

Von den besonderen Berufszweigen, für die Ausnahmegesetzungen in dem Gesetz getroffen worden sind, ist in erster Linie die Landwirtschaft zu nennen. Die Ausnahmegesetzungen bezogen sich erstens darauf, zu verhindern, daß diejenigen Arbeiter, die im Jahreskontrakt stehen und deshalb auch während der Krankheit ihren Lohn weiter beziehen, auch noch ein Krankengeld bekommen, so daß ihr Einkommen während der Krankheit höher wäre als während ihrer Arbeitsfähigkeit. Außerdem waren aber noch einige andre Vorschläge in bezug auf die Landwirtschaft in dem Entwurf enthalten, die die ländlichen Arbeiter im Falle einer Krankheit erheblich schlechter stellen sollten als die andern Arbeiter. So war es einer Landkrankenkasse gestattet, in ihrem Statut zu bestimmen, daß diejenigen Personen kein Krankengeld erhalten sollen, die eine Unfall- oder Invaliden-Jahresrente im 150fachen Betrag des sachungsmäßigen täglichen Krankengeldes erhalten. Das macht also durchschnittlich auf jeden Tag nur die Hälfte des Krankengeldes. Die Sozialdemokraten erhoben entschiedenen Protest dagegen, daß diese Leute mit dem halben Krankengeld abgefunden werden sollten, während eine solche Ausnahmegesetzgebung für die gewerblichen Arbeiter nicht besteht. Sie verlangten, daß die ganze Bestimmung gestrichen werden sollte. Da dies aber nicht zu erreichen war, schlugen sie

vor, daß diese Bestimmung wenigstens auf diejenigen beschränkt werde, die auch während der Krankheit ein Einkommen von dem vollen Betrage des Krankengeldes haben, deren Jahresrente also den 300fachen Betrag des Krankengeldes beträgt. Dieser Antrag wurde angenommen.

Ferner sollte eine Landkrankenkasse durch ihre Satzung das Krankengeld für die Zeit vom 1. Oktober bis zum 31. März oder für einen Teil dieser Zeit bis auf ein Viertel des Ortslohnes herabsetzen. Dadurch wären diejenigen Arbeiter schwer geschädigt, die gezwungen sind, im Winter durch landwirtschaftliche Arbeit sich ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Es sind dies außer den gewöhnlichen Tagelöhnern auf dem Lande auch diejenigen gewerblichen Arbeiter, die während des Winters in ihrem Gewerbe nur schwer Arbeit finden können und deshalb auf dem Lande und namentlich auch im Walde Arbeit annehmen. Auf Antrag der Sozialdemokraten wurde diese Ausnahmegesetzgebung gestrichen.

Eine ganz besondere Wohlthat sollte angeblich den landwirtschaftlichen Arbeitern durch die sogenannte erweiterte Krankenpflege gewährt werden. Die erweiterte Krankenpflege unterscheidet sich von der gewöhnlichen Krankenpflege nur darin, daß die Kasse verpflichtet ist, in allen Fällen einer mit Erwerbsunfähigkeit verbundenen Krankheit den Kranken im Krankenhaus verpflegen zu lassen. Jedoch sollte der Kranke dann Anspruch auf die erweiterte Krankenpflege verlieren, wenn die Krankenhauspflege nach ärztlichem Gutachten die Heilung nicht fördern würde. Auf diese Weise war also doch den Krankenkassen die Möglichkeit gegeben, in einer ganzen Reihe von Fällen die Krankenhauspflege trotz des Wunsches des Kranken im Krankenhaus verpflegt zu werden, zu verweigern. Bei der erweiterten Krankenpflege sollte nach der Vorlage auch der Verheiratete in allen Fällen verpflichtet sein, der Anforderung der Krankenkasse Folge zu leisten, sich in ein Krankenhaus zu begeben. Diese Verpflichtung besteht im Allgemeinen für die Verheirateten in solchen Fällen nicht, in denen die Krankenhauspflege weder zur schnelleren Heilung des Kranken, noch zur Verhinderung der Simulation notwendig ist. Diese Ausnahme sollte bei der erweiterten Krankenpflege nicht gelten. Mitthin hätte auch ein solcher Kranker sich in das Krankenhaus auf Anordnung der Krankenkasse begeben müssen, der hoffnungslos krank ist und den Wunsch hat, sein Leben im Kreise seiner Familie zu beschließen. Wenn in einem solchen Falle ein Kranker der Aufforderung seiner Krankenkasse, sich ins Krankenhaus zu begeben, nicht Folge leistet, so sollte er mit dem Entzug des ganzen Krankengeldes bestraft werden. Selbst wenn der verheiratete Kranke sich in das Krankenhaus begeben hatte, sollte es bei der erweiterten Krankenhauspflege dem Belieben der Kasse überlassen sein, ob sie der Familie des Kranken ein Hausgeld gewährt, das, wie erinnerlich, nach den allgemeinen Bestimmungen in allen anderen Fällen der Familie des in einem Krankenhaus Verpflegten zusteht. Endlich sollte für diesen Fall die Kasse für das Sterbegeld einen Höchstbetrag von 30 Mk. festsetzen können. Die Sozialdemokraten erhoben Einspruch gegen diese schwere Benachteiligung der ländlichen Arbeiter, denen unter dem schönen Namen der erweiterten Krankenpflege tatsächlich eine große und durchaus ungerechte Schmälerung ihrer Ansprüche zugefügt werden sollte. Leider konnte sich das Zentrum in bezug auf das Krankengeld wiederum nur zu einer halben Maßnahme aufschwingen. Auf seinen Antrag wurde die Strafe für denjenigen Verheirateten, der in den oben erwähnten Fällen sich nicht in das Krankenhaus begibt, zwar beibehalten, aber auf den halben Betrag des Krankengeldes beschränkt. Dagegen wurde dem Antrage der Sozialdemokraten gemäß die Schmälerung des Haus- und Sterbegeldes gestrichen. Schließlich sollte die oberste Verwaltungsbehörde das Recht haben, für ihr Gebiet oder Teile davon Versicherungspflichtige, die in ländlichen Handwerksbetrieben beschäftigt sind, den in der Landwirtschaft Beschäftigten gleichzustellen. Die Folge davon wäre gewesen, daß derjenige Handwerker, der nicht in einer Stadt Arbeit finden konnte und deshalb bei einem derartigen Handwerksmeister auf dem Lande Arbeit genommen hat, im Falle einer Krankheit wie ein ländlicher Arbeiter behandelt, d. h. in seinen Bezügen geschmälert wurde. Die Sozialdemokraten wiesen nach, welche Ungerechtigkeit das für die beteiligten Arbeiter sein würde. Sie hielten aber auch den Gegnern vor, daß sie dadurch es in den Kleinmeistererei noch viel mehr als jetzt erschweren würden, Gesellen zu bekommen. Denn für einen arbeitslos gewordenen Gesellen wäre es vorteilhafter gewesen, vorläufig keine Arbeit anzunehmen, weil er dann sich freiwillig in der Ortskrankenkasse hätte versichern und dadurch seine Ansprüche auf ein höheres Krankengeld hätte erhalten können. Dieser letzte Grund verfehlte in der Kommission seine Wirkung nicht: Die Bestimmung wurde dem Antrage der Sozialdemokraten gemäß gestrichen. Die Verhandlungen in der Kommission haben wieder einmal gezeigt, wie wenig die Rechte derjenigen Arbeiter geachtet werden, die noch nicht eine kräftige gewerkschaftliche Organisation hinter sich haben.

Auch bei den Dienstboten gelang es den Sozialdemokraten, einige der schlimmsten Ausnahmegesetzungen zu beseitigen. Ganz besonders bezeichnend ist es, daß in

der Vorlage die Krankenhauspflege den Dienstboten nur dann zustehen sollte, wenn die Dienstherrschaft es verlangte, weil der kranke Dienstbote in dem Haushalt der Herrschaft nicht so untergebracht werden könnte, wie es bei einem Kranken notwendig ist. Auf das Verlangen des Dienstboten selbst sollte in einem solchen Falle keine Rücksicht genommen werden. Es bedurfte erst eines Antrags der Sozialdemokraten, um auch in dieser Beziehung das Recht des Dienstboten zur Geltung zu bringen.

Die Bestimmungen über die unständig Beschäftigten wurden im wesentlichen unändert angenommen, ebenso die Bestimmungen über das Wandergewerbe. Nur wurde für letzteres der Zusatz in das Gesetz eingefügt, daß in den Bezirken und in den Gewerben, in denen beim Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung die Versicherung der Hausgewerbetreibenden bereits durch statutarische Bestimmungen geregelt ist, diese Regelung unter gewissen Umständen beibehalten werden kann.

Die knappschaftlichen Kassen wurden in einigen Bestimmungen den neu in die Reichsversicherungsordnung aufgenommenen Verbesserungen angepaßt.

Endlich wurden auch in dem Abschnitt über die Ersatzkassen einige der bedenklichsten Verschlechterungen, die in dem Entwurf enthalten waren, auf Anregung der Sozialdemokraten getrichen. Leider gelang es den Sozialdemokraten nicht, die Ausnahmebestimmung zu beseitigen, daß der Arbeitgeber für die Arbeiter, die Mitglieder einer Ersatzkasse sind, denselben Beitragsteil, den sie für die anderen Arbeiter leisten müssen, an die Zwangskasse abzuführen habe. Mit Hilfe des Zentrums fand diese Bestimmung eine Mehrheit. Freilich mit dem vom Zentrum beantragten Zusatz, daß von dieser Zahlungspflicht der Arbeitgeber dann befreit sein soll, wenn er nachweisen kann, daß er den Beitragsteil an die Ersatzkasse selbst abgeliefert hat. Dieser Zusatz wird in der Praxis gar keine Bedeutung haben.

Die Kommission macht bis zum 20. September Ferien und beginnt dann mit der Beratung der Unfallversicherung.

14. ordentliche Generalversammlung des Deutschen Tabakarbeiterverbandes.

k. r. Braunschweig, 18. Juli.

Die Generalversammlung wurde am Montag morgen in den Gambriushallen eröffnet. Burgold-Braunschweig und der Alterspräsident Gräbner begrüßten die Delegierten und wünschten, daß der Vertreter des ersten Braunschweiger Wahlkreises, der für die Tabaksteuer gestimmt hat, hier aus dem Munde schlichter Arbeiter hören könnte, welche verheerenden Wirkungen für das Tabakgewerbe seine Tätigkeit im Reichstage im Gefolge gehabt hat.

In den Verhandlungen nehmen reichlich 80 Delegierte, Vorstand, Redaktion, Ausschuß und 13 Gauleiter teil; die Generalkommission ist durch Hübsch-Berlin vertreten. Die Tagesordnung enthält neben den Geschäftsberichten, Anträgen und Wahlen die Punkte: Reichsversicherungsordnung, Minimallohne und Tarifverträge in der deutschen Tabakindustrie und der internationale Tabakarbeiterkongreß.

Zu Vorsitzenden wurden Börner-Berlin, Ostertag-Altona, zu Schriftführern Langner-Sprottau, Struyken-Oltmar, Rasch-Waldheim, Kiegele-Kreuznach gewählt. Der Zentralvorsitzende Deichmann erstattete den mündlichen Geschäftsbericht. — Der Vorstand hat die Generalversammlung, die statutengemäß bereits im vorigen Jahre hätte stattfinden müssen, erst in diesem Jahre einberufen, weil es angesichts des gewaltigen Kampfes gegen die Tabaksteuervorlage und der allgemeinen Unsicherheit, die die ganze Situation im vorigen Jahre für den Verband mit sich brachte, nicht ratsam war, Beschlüsse einer Generalversammlung herbeizuführen. Ferner hat der Vorstand, durch die Verhältnisse genötigt, entgegen der Leipziger Resolution, besoldete Gauleiter in Braunschweig, Erfurt und Dresden anstellt, nachdem die bezüglichen Konferenzen einstimmig die Anstellung gefordert hatten. Der Redner ersucht die Generalversammlung, diesen Anstellungen die Sanction zu erteilen.

Deichmann entrollte dann ein großzügiges Bild von den Kämpfen um die Tabaksteuer und ihren verheerenden Folgen. Der Verband hat im vorigen Jahre eine gewaltige Protestbewegung gegen die Tabaksteuervorlage veranstaltet. Die christliche Gewerkschaftsrichtung hat sich an den Maßnahmen nicht beteiligt. Heute liegt klar, warum sie nicht für die Interessen der Tabakarbeiter kämpfte. Es haben, als es zur Abstimmung kam, mehrere christliche Gewerkschaftsabgeordnete für die Tabaksteuer gestimmt, alle aber haben sich dadurch des Verrats an den Tabakarbeitern schuldig gemacht, daß sie in der Gesamtbestimmung für das ganze Gesetz gestimmt haben. Den Konservativen, Freikonsernativen, Zentrum und Polen, Antifemiten und dem Bund der Landwirte haben die Tabakarbeiter die ungeheure Belastung und das ganze Elend zu verdanken. Nur einige Außenleiter in diesen Parteien haben gegen das Gesetz gestimmt, aber aus dem sehr durchsichtigen Grunde, weil sie sonst um so größere Gefahr liefen, nach den nächsten Wahlen nicht mehr als Abgeordnete nach Berlin reisen zu dürfen. — Die Folgen der Tabakbesteuerung sind weit schwerer geworden als wir allgemal geglaubt hatten. Genau wie 1879 hat eine ungeheure Arbeitslosigkeit, haben sich Lohnrück und Elend breitgemacht. Vor allem der Lohnrück durch die Forderung schlechten Materials und Verlegung der Tabakindustrie in jene Bezirke, wo willige und billige Hände sich im Ueberflusse herandrängen.

Die Größe der Arbeitslosigkeit hat der Verband zuletzt in der Woche vom 4. bis 9. Juli statistisch erfaßt. Dieser Statistik haben sich bedauerlicherweise 21 Zahlstellen nicht angeschlossen. Aber in den 438 sich beteiligenden Filialen ist festgestellt worden, daß an den sechs Tagen täglich zwischen 3239 und 3164 Mitglieder arbeitslos waren; von diesen waren zwischen 1443 und 1426 weiblich. Alles in allem waren 10,31 Prozent aller Mitglieder arbeitslos, wohl gemerkt: ein Jahr nach Inkrafttreten der Vorlage. Da ist ganz sicher ein weit höherer Prozentsatz in der ersten Zeit der Wirksamkeit des Gesetzes arbeitslos gewesen. Es kann mit Bestimmtheit für die Gesamtziffer der circa 200 000 im Tabakgewerbe Beschäftigten mindestens derselbe Arbeitslosenprozentatz angenommen werden, so daß im gegenwärtigen Moment für die gesamte Tabakindustrie eine Arbeitslosenziffer von noch 18 000 bis 22 000 vorhanden ist. Das ist eine doppelte so hohe Zahl als der Reichsstatistiksekretär Wermuth am 17. Januar 1910 im Reichstage angegeben hat.

Redner brandmarkte die bekannte Art, in der im Reichstage die Entschädigungsanträge für die Tabakarbeiter von den Parteien der Rechten verhandelt worden sind, die Verschlechterungsanträge der Zentrumsparthei (Antrag Giesberts), den ganz elendigen Verrat durch diese Partei, der zwischen der zweiten und dritten Lesung vor sich gegangen. Wenn an Stelle der deutschen Tabakarbeiter die Junker genossen in Frage gekommen wären, würde für eine ausreichende Entschädigung gesorgt worden sein. (Gener ruft: Das ist immer gewesen!) Die Tabakarbeiter dürfen es den christlichen Arbeiterabgeordneten niemals vergessen, in welcher ruchlosen Weise sie mit ihren Interessen umgesprungen sind, vor allem nicht die rheinisch-westfälischen Tabakarbeiter. Angesichts der Rücksichts- und Gewissenlosigkeit solcher Arbeiterführer haben die Tabakarbeiter dafür zu sorgen, daß diese Leute

nicht lange mehr als Gesetzgeber die Lebenslage der Arbeiter unter die Füße treten dürfen. (Lebhafter Beifall.)

Die weiteren Ausführungen behandelten die Entwicklung und die wirtschaftlichen Erfolge des Verbandes, deren wichtigsten Ziffern wir oben mitteilten. Der Verband zählte am Jahresabschluss 32 625 Mitglieder. Die furchtbare Krise hat nicht herbeiführen können, die Zahl der Organisierten zu mindern, und ein sehr gutes Zeichen ist es, daß die Beitragsleistung sogar noch in die Höhe gegangen ist.

Auch war es, trotz der in jeder Beziehung schlechten Verhältnisse, dem Verbande noch möglich, Lohnkürzungen abzumehren, ja sogar Verbesserungen durchzuführen. Allerdings nicht in der letzten Zeit. Eingehend wurden sodann vom Redner die ungeheuren Anstrengungen der Arbeitgeberverbände besprochen, ihre organisierte Aussperrungstaktik und ihr Schwarze-Listensystem. Der Verband braucht aber trotzdem nicht ängstlich zu sein, wenn er es nur versteht, den Dingen fest ins Auge zu sehen. Es dürfe nicht Aufgabe der Delegierten sein, den Verband immer mehr zu einer Unterstützungsorganisation zu machen, sondern alle Mittel müßten bereitgestellt werden zum Kampf mit einem aufs schärfste ausbeutenden Unternehmertum. (Lebhafter Beifall.) Der Redner empfahl zum Schluß eine Protestresolution gegen die von den verbündeten Regierungen und dem Reichsstatistikamt bewirkte ungesetzliche Verrückung des Artikels IIa des Tabaksteuergesetzes vom 15. Juli 1909, sowie gegen die daraufhin vom 16. Juli 1910 ab vollzogene Verfürgung der Unterstützung an die durch das Tabaksteuergesetz arbeitslos gewordenen Tabakarbeiter und gegen die gänzliche Beseitigung der Unterstützung vom 10. Dezember 1910 ab.

Der Kassierer, Nieder-Walland-Bremen, gab den Kasienbericht. Seine Ausführungen können wir übergehen, da wir den Stand der Kasienverhältnisse schon mitteilten. — Der kurze Ausschußbericht, von Gilken-Altona gegeben, bot nichts Bemerkenswertes für die Öffentlichkeit.

In der Diskussion bewies Heising-Stuttgart für Süddeutsche Arbeitslosigkeit im Abflauen begriffen, sondern daß sie in letzter Zeit wieder viel stärker aufgetreten ist. Er machte Vorschläge, wie der Süden agitatorisch viel intensiver bearbeitet werden solle, vor allem durch Anstellung besoldeter Gauleiter, die ihren Sitz in Offenburg und Stuttgart haben sollen. Schlichter-Bielefeld schilderte die gewaltige Arbeitslosigkeit, die besonders über Westfalen hereinbrach. Allein das Hauptzollamt Minden hatte Ende Mai über 2 Millionen, also mehr als die Hälfte der vom Reichstage ausgeworfenen Summe, für Unterstützungen verbrannt. Jetzt ertönen die Notrufe der Kommunen, die eine große Einbuße an Steuern erleiden. Redner bewies an Zahlen, daß in den Monaten vor Inkrafttreten der Steuer 29 westfälische Tabakfirmen mit über 7600 Arbeitern einen Rückgang in der Produktion gegenüber denselben Monaten des Vorjahres gehabt haben, daß es also nicht wahr ist, wie die Zentrumspresse es darstellt, daß die Arbeitslosigkeit auf Ueberproduktion vor Inkrafttreten der Steuer zurückzuführen ist, sondern daß sie lediglich in einem Rückgang des Konsums infolge der Verteuerung durch die Steuer ihren Grund hat.

Gauleiter Kiesel-Berlin befürwortet besonders kräftig die Agitationsbestrebungen in den ländlichen Bezirken. Er schilderte, daß man in der Provinz Brandenburg nicht nur unter der billigen Arbeitskraft im Süden zu leiden hat, sondern daß jetzt auch bei den Fabrikanten ein Zug nach Errichtung von Fabriken im äußersten Osten zu spüren sei.

Gauleiter Wenzel-Dresden schilderte die riesenhafte Arbeitslosigkeit im Königreich Sachsen. Ein ganz ungeheurer Verlust von Arbeitszettel bleibt unentschädigt und unaufgedeckt, weil nach den Beschlüssen des Reichstages der Verdienst unter drei Viertel heruntergehen muß, ehe überhaupt eine Entschädigung eintreten kann. Der Redner berechnete, daß bei den Tabakarbeitern, die vierteltätig arbeitslos waren, allein in Sachsen über 72 000 Arbeitstage unentschädigt geblieben sind, oder pro Kopf der betreffenden Kollegen 32,6 Arbeitstage. — Krohn-Heidelberg führte sehr wirkungsvoll aus, wie auch im Mutterlande Baden die Tabakarbeiter in ihrem Streben nach ausdehrender Unterstützung schmählich vom Parlament im Stiche gelassen wurden. — Von einem Delegierten aus Waldheim wurde die Anstellung eines Ortsbeamten mit dem Sitz in Waldheim, von Klein-Köln die Verlegung des Gauhauses von Köln nach Aachen befürwortet. Der Kölner Gau umfaßt etwa 10 000 Tabakarbeiter, von denen mehr wie ein Viertel, und zwar ausschließlich weibliche Arbeitskräfte, in Aachen ihren Arbeitsort haben.

Reichstagsabgeordneter Geyer begründete die bereits erwähnte Resolution und wies nach, daß die vom 16. Juli ab vollzogene Verfürgung der Unterstützung an die arbeitslos gewordenen geschädigten Tabakarbeiter und die gänzliche Beseitigung dieser Unterstützungen vom 10. Dezember 1910 ab, wie die verbündeten Regierungen und das Reichsstatistikamt es verfügt haben, ganz ungesetzlich sei. Artikel IIa des Tabaksteuergesetzes (Unterstützung der Tabakarbeiter betreffend) bestehe noch, und es sei vom Reichstage zu verlangen, daß auf Grund dieses Artikels die Unterstützungen weitergezahlt und die bereits gekürzten Unterstützungen nachgezahlt werden; daß besage die Resolution.

Aus allen Gauen gingen die Schilderungen von den Schädigungen durch jene schändliche Politik ein, die außer dem räuberischen Angriff auf die Taschen der Konsumenten einen so brutalen Schlag gegen die Tabakarbeiter als Produzenten geführt hat. Die Sitzung gestaltete sich zu einem flammenden Protest gegen die Finanzpolitik der Regierung und des Pottentotten-Reichstages, gegen die Knauerigkeit bei der Entschädigung der Opfer dieser Politik, die Schwierigkeiten, die die Behörden den Tabakarbeitern bei der Erlangung der Betteilnehmigerunterstützungen machen, die niederträchtige Art und Weise, mit der die Zentrumsparthei jede nur einigermaßen ausreichende Unterstützung der Tabakarbeiter verhinderte, und die Jesuiterei, mit der die christliche Gewerkschaft die Arbeiter darüber hinwegzutäuschen sucht.

Nachdem Deichmann und Arnold, der Vertreter des Sortiererverbandes, die Möglichkeit einer Verschmelzung erwogen und eine solche als den Verhältnissen gemäß noch verfrüht bezeichnet hatten, wurde die Sitzung auf Dienstag vertagt.

Am Dienstag morgen wurde die Diskussion über den Vorstandsbericht und die dazu vorliegenden Anträge fortgesetzt. Ihre große Mehrzahl lief auf die Herbeiführung einer viel schärferen und planmäßigeren Agitation hinaus. Verschiedene Gauen sollen geteilt werden. Süddeutschland sollte seinen Gauleitern Unterbeamte (Bezirksleiter), Posen dem dortigen Gauleiter eine der polnischen Sprache mächtige Hilfskraft zur Seite gestellt werden. Eine Anzahl Orte wünschten besoldete Ortsbeamte. Besondere Maßregeln (Anstellung eines Beamten, Reichskonferenz, Lohn- und Arbeitsstatistik) wurden verlangt, um die Agitation unter den Zigarettenarbeitern erfolgreicher zu betreiben. Der Vorstand und eine Reihe Filialen hatten beantragt, alle Gauen nach Möglichkeit mit festangestellten Gauleitern zu besetzen. Weiter war die Anbahnung von Schritten zur Verschmelzung des Verbandes der Zigaretten- und Kistenbinder mit dem Tabakarbeiterverbande beantragt; ferner die Verschmelzung des letzteren mit dem Fabrikarbeiterverband, wie die Verschmelzung aller in der Nahrungs- und Genussmittelbranche beschäftigten Arbeiter zu einem Industrierverbande. Eine Anzahl anderer Anträge liefen auf verwaltungstechnische Neuerungen, auf Abschaffung der Gauarbeitsnachweise und ihren Ersatz durch Ortsarbeitsnachweise, auf Umwandlung der Arbeitslosen- und Krankenunterstützung in eine Erwerbslosenunterstützung hinaus.

Hübsch, der Vertreter der Generalkommission, warnte eindringlich davor, die regulären Unterstützungsätze noch weiter zu erhöhen. Besonders die Krankenunterstützung belaste den

Verband heute schon zu sehr. Nicht Erhöhung der Unterstützungen, sondern Stärkung des Kampfbundes müßte die Parole sein. Zur Verschmelzungsfrage wünschte er, daß es nicht bei der platonischen Erklärung des Vertreters des Zigarettenfortiererverbandes bleiben möchte. Die Sortierer seien v. professionell so eng mit den Tabakarbeitern verflochten, daß eine Einheitsorganisation nur das natürliche Verhältnis dar stellen würde. Nach der Rede Hübschs wurde der Antrag eingebracht, die Generalkommission zu ersuchen, ihrerseits nach Kräften zu helfen, die Verschmelzung des Sortiererverbandes mit dem Deutschen Tabakarbeiterverband herbeizuführen.

In der Diskussion sprachen etwa 50 Redner. Ein Antrag forderte die Generalkommission auf, das ihrige dazu zu tun, damit die Verschmelzung der Zigarettenfortierer mit den Tabakarbeitern zustande komme. — An der Tätigkeit des Vorstandes waren beinahe keinerlei Ausstellungen gemacht worden; der Vorsitzende Deichmann konnte sich deshalb in seinem Schlußworte darauf beschränken, das für uns. Wider der Anträge noch einmal kritisch zu behandeln. Bezüglich der Verschmelzung mit den Zigarettenfortierern meinte er, daß weniger durch ein Eingreifen der Generalkommission noch durch ein Votum der Generalversammlung die Vereinigung bewirkt werden könne, sondern von unten herauf, aus den Mitgliederkreisen, müsse recht kräftig für die Verschmelzung Propaganda gemacht werden.

In der Abstimmung wurden folgende Beschlüsse gefaßt: 1. Der Anstellung der Gauleiter für Braunschweig, Erfurt und Dresden wird zugestimmt; 2. der 9. Gau (Bayern, Baden, Württemberg, Elsaß) und der 13. Gau (Ost- und Westpreußen und die beiden Mecklenburg) sollen in zwei Gauen geteilt werden; 3. alle Gauen werden nach Möglichkeit mit festangestellten Gauleitern besetzt; 4. im Zentralvorstand wird ein weiterer Kassierer eingestellt; 5. Mitglieder, die zwei Verbänden angehören, behalten ihre statutarischen Rechte; 6. der Vorstand soll eine parlamentarische Ordnung für Mitgliederversammlungen und einen Kommentar zum Statut herausgeben.

Folgende Anträge wurden dem Vorstand zur Berücksichtigung überwiesen: 1. in Gauen mit stark ausgebeuteter Tabakindustrie den Gauleitern Hilfskräfte beizugeben; 2. für den Giesener Bezirk einen Bezirkssekretär anzustellen; 3. für Breslau einen besoldeten Beamten anzustellen; 4. desgleichen für Waldheim, Hartha, Geringswalde und Döbeln; 5. im Posenischen Gau einen polnisch sprechenden Agitator einzustellen; 6. den Sitz des Gaus Köln nach Aachen zu verlegen; 7. für Süddeutschland baldigt einen Tabakarbeiterkongreß einzuberufen.

In der Verschmelzungsfrage lehnte die Generalversammlung jeden Beschluß ab, nach einer allerdings rein persönlichen Erklärung des Vertreters des Sortiererverbandes, daß er innerhalb seiner Organisation nach Kräften für die Verschmelzung wirken werde. Zur Frage der Unterstützung der arbeitslos gewordenen geschädigten Tabakarbeiter nahm der Kongreß zunächst die Protestresolution gegen die von den verbündeten Regierungen und dem Reichsstatistikamt verfügte Schmälerung dieser Unterstützung an; dann sagte er den geschädigten Tabakarbeitern die primäre Unterstützung des Verbandes durch Annahme folgender Resolution zu:

„Alle infolge der Tabaksteuer arbeitslos gewordenen vollberechtigten Mitglieder des Verbandes erhalten, sofern die vom Staat gewährten Unterstützungen geringer sind wie die im Verbande gewährte Arbeitslosenunterstützung, vom 18. Juli an gerechnet, aus der Verbandskasse einen Zuschuß bis die Höhe dieser Verbandsunterstützung erreicht ist.“

Gräbner-Hannau beantragte im Namen der Revisionskommission, welche Kasse, Bücher und Belege in bester Ordnung befunden hatte, die Entlastung des Vorstandes, der einstimmig willfährte wurde. Er berichtigte dann noch über eine Beschwärde. Verbandssekretär Eberle hielt in letzter Stunde ein einleitendes Referat über alle zum Statut, Streit- und Wahlreglement gestellten Anträge. Er sah im Auftrage des Vorstandes und in Berücksichtigung aller in Betracht kommenden Momente von der Empfehlung einer Beitragserhöhung ab.

Die weitere Beratung der Anträge wurde auf Mittwoch vertagt.

Am Mittwoch morgen begann die Generaldebatte über die zum Statut, Streit- und Wahlreglement gestellten Anträge. Anträge, die sehr weitgehende und schwerwiegende Änderungen herbeiführen wollten, lagen nicht vor, da die Situation im allgemeinen einer Beitragserhöhung wohl nicht günstig ist. Nur einige Anträge wollten die Beiträge um ein Geringes erhöht wissen. Dagegen wollten eine größere Anzahl Filialen an Stelle der gegenwärtigen sechsklassigen Beitragsstaffelung eine solche in vier oder gar in zwei Klassen (eine für männliche und eine für weibliche). Verschiedentlich wurde eine wesentliche Erhöhung des Eintrittsgeldes gefordert; ein Antrag Kresel ging so weit, 1 Mark als Normalatz und 2 Mark für wiederholt Eintretende zu fordern. Diesem Antrage wurde entgegengehalten, daß es für eine moderne Gewerkschaft nicht angängig sei, sich durch ein fast unerschwingliches Eintrittsgeld gewissermaßen mit einer chinesischen Mauer abzuschließen.

Wenn zwar nicht die Beiträge, so hatten die Sätze der verschiedenen Unterstützungsarten zu erhöhen um so mehr Filialen beantragt. Heilbronn hatte der geforderten Erhöhung der Streit-, Gemafregelten- und Krankenunterstützung den jedesmaligen ausdrücklichen Vorbehalt angefügt, „ohne die Beiträge zu erhöhen“, jedoch nicht gesagt, wo der Verband denn die Mittel hernehmen sollte, die erhöhten Unterstützungen zu zahlen. Zwei Filialen hatten allerdings auch beantragt, die obligatorische Krankenunterstützung zu einer fakultativen zu machen, eine andere, die Sterbeunterstützung ganz abzuschaffen, während drei weitere Orte die Karenzzeit zum Anrecht auf Krankenunterstützung für Neueintretende von 26 Wochen auf ein Jahr heraufgesetzt wissen wollten. Diese letzte Neuerung wurde von Hübsch (Generalkommission) bringend zur Annahme empfohlen. Er wies darauf hin, daß heute nur noch ganz wenige Organisationen diese einjährige Karenzzeit nicht eingerichtet haben. Dann warnte er nochmals vor jeder härteren Unterstützungsbelastung und berechnete, daß allein durch den Wegfall der dreitägigen Karenzzeit bei der Krankenunterstützung, wie verschiedene Filialen es wollen, eine Mehrausgabe von mindestens 12 000 Mark entstehen würde.

Ein Antrag wollte, daß Werkmeister in Zukunft nicht aufgenommen würden, da man verschiedenlich die böse Erfahrung machte, daß Werkmeister ihre Mitgliedschaft benutzen, um in den Versammlungen zu horchen und Mitglieder und Verband zu schädigen. Von einem Breslauer Delegierten wurde die Bildung einer Jugendabteilung erwogen, nach dem Muster, wie sie kürzlich der Textilarbeiterverband geschaffen. Ebenfalls war lebhafteste Stimmung für die Beschickung der von der Generalkommission eingerichteten Gewerkschaftskurse vorhanden, an denen der Tabakarbeiterverband bisher aus den verschiedensten Gründen noch nicht teilnehmen konnte. Den so zahlreich beantragten Erweiterungen der Unterstützungsanstaltungen treten aber viele Delegierte energisch entgegen mit der Darlegung, daß die Hebung der Lage der Arbeiter durch Unterstützungsanstaltungen immer nur Mittel zum Zweck, der Zweck des Verbandes aber die Hebung der Lage der Arbeiter durch die schärfste Führung des Kampfes sei.

Eine Richtung strebte zur stärkeren Gewinnung weiblicher Mitglieder eine ganz niedrige Beitragsklasse an, in der nur Streit- und Arbeitslosenunterstützung, dagegen keine Kranken- und Wöchnerinnenunterstützung zur Auszahlung kommen sollte. So zeigten die Meinungen und Bestrebungen, wie dem Verband am besten vorwärts zu helfen ist, eine bunte Vielfaltigkeit, die aber in der Verschiedenartigkeit der Verhältnisse begründet liegt, unter denen in den einzelnen Bezirken die Produktion vor sich geht und die Agitation zur Gewinnung der Berufsgenossen von den verschiedensten Faktoren beeinflusst wird.

Die Wirkung der Tabaksteuer in Wernigerode.

Die ungeliebte Steuer, von Leuten beschlossen im Reichstag, die sich nur bei Wahlen um den Arbeiter kümmern, um dessen Stimme zu erhaschen, hat auch am hiesigen Orte verheerend gewirkt, wie nachfolgende Zahlen beweisen. Beschäftigt wurden hier vor der Steuer rund 300 Tabakarbeiter und Arbeiterinnen. Die nachfolgenden Zahlen erstrecken sich vom 15. August 1909 bis 1. Juni 1910. Es waren arbeitslos:

Arbeiter	Tage	Verlust an Lohn M.	Erhaltene Unterstüfung M.	Verlust der Arbeiter M.
Männl.	57	6 539	19 193.57	14 284.59
Weibl.	74	7 543	14 278.51	9 140.89
Zuf.	131	14 082	33 472.08	23 425.48
				10 046.60

Das Ganze kann sich noch um etwas erhöhen, da von einigen Arbeiterinnen absolut keine Zahlen zu erlangen waren. Augenblicklich sind ja alle untergebracht, aber die Klagen über schlechtes Arbeiten, wie vor der Steuer, wollen nicht aufhören. An den Tabakarbeitern wird es jetzt liegen, ein geschlossenes Ganze zu bilden, um gegen alles gewappnet zu sein; keiner darf der Organisation mehr fernbleiben, keiner darf auch im sozialdemokratischen Verein fehlen als Mitglied, denn diese Partei war es, die allein mit aller Deutlichkeit gegen diese uns bedrückende neue Steuer Front machte. Es muß für jeden Tabakarbeiter und Arbeiterin eine besondere Freude und Genugtuung sein, für die nächsten Reichstagswahlen mitzuarbeiten.

Also, Tabakarbeiter und Arbeiterinnen! Hinein in die gewerkschaftliche, hinein in die politische Organisation; lest nur die Volksstimme. Wenn ihr dies befolgt, dann können wir trotzdem guten Muts in die Zukunft sehen.

Statistik über die Arbeitslosigkeit infolge des Tabaksteuergesetzes.

In der Generalversammlung gab der Vorsitzende unseres Verbandes das Resultat der Enquete über die Arbeitslosigkeit unter den Mitgliedern unseres Verbandes bekannt. Wie aus den Angaben — die Enquete wird fortgesetzt — ersichtlich, ist die Arbeitslosigkeit eine größere,

Staaten und Landesteile	Börsstellen	Es wurden Arbeiter in der Woche vom 4. bis 9. Juli 1910 beschäftigt:												Zahl der Mitglieder		Zahl der arbeitslosen Mitglieder	Arbeitslosigkeit in Proz.
		Montag		Dienstag		Mittwoch		Donnerstag		Freitag		Sonntabend		männl.	weibl.		
		m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.				
Prov. Ost- u. Westpreuß.	3	1	1	1	1	1	1	7	—	7	—	7	—	84	67	7	4,64
Brandenburg	41	184	55	134	55	134	55	134	54	131	51	131	53	1572	1107	184	6,87
Pommern	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	44	19	—	—
Posen	6	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	160	159	—	—
Sachsen	32	48	90	48	90	48	90	48	90	48	90	48	90	655	1570	138	6,20
Schlesien	31	83	55	82	55	82	55	81	53	81	53	79	53	1493	1098	132	5,09
Schleswig-Holst.	18	244	35	244	35	238	34	237	34	237	34	237	33	1435	228	270	16,24
Hannover	35	149	88	149	88	149	88	149	88	149	88	149	88	1337	555	237	12,53
Westfalen	50	475	533	475	532	473	532	473	532	472	531	472	527	3331	1956	999	18,72
Hessen-Nassau	17	50	23	50	23	50	23	50	23	50	23	50	23	307	174	73	15,18
Rheinland	17	29	18	29	18	29	18	29	18	29	18	29	18	435	296	47	6,43
Hohenzollern	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Zuf. im Königr. Preußen	252	1213	898	1212	897	1204	896	1208	892	1204	888	1202	885	10903	7229	2087	11,51
Königreich Bayern	12	15	23	15	23	15	23	15	23	15	23	15	23	225	474	38	5,44
Sachsen	49	187	145	136	145	136	145	136	145	136	145	136	145	1494	3237	332	7,02
Württemberg	6	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	230	158	1	0,26
Großherzogtum Baden	30	52	108	52	108	52	108	52	108	52	108	52	108	585	783	160	11,70
Hessen	25	38	119	38	117	38	117	38	117	38	117	38	117	547	791	155	11,58
Reichs-Schwertin	4	6	—	6	—	6	—	6	—	6	—	6	—	82	—	6	7,29
Sachsen-Weimar	4	3	6	3	6	3	6	3	6	3	6	3	6	45	66	9	8,11
Reichs-Sirelitz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Oldenburg	3	2	1	2	1	2	1	2	1	2	1	2	1	51	3	3	5,56
Herzogt. Braunschweig	8	37	20	37	20	37	20	37	20	36	20	36	20	384	155	56	10,39
Sachs.-Meiningen	3	5	6	5	6	5	6	5	6	5	6	5	6	53	68	11	9,09
Sachsen-Meiningen	9	3	10	3	10	3	10	3	10	3	10	3	10	187	335	13	2,49
S.-Koburg-Gotha	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	12	4	—	—
Sachsen-Anhalt	7	6	8	6	8	6	8	6	8	6	8	5	7	205	104	12	3,88
Fürstent. Schwarzburg-Sondershausen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Schw.-Rudolstadt	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	13	63	—	—
Waldeck	3	12	33	12	33	12	33	12	33	12	33	12	33	109	215	45	13,89
Neuß ältere Linie	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	8	1	—	—
Neuß jüng. Linie	2	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	67	55	6	4,92
Schaumburg-Lippe	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Lippe-Deimold	9	12	12	12	12	12	12	12	12	12	12	12	12	295	183	24	5,02
Freie Stadt u. G. Lübeck	1	3	1	3	1	3	1	3	1	3	1	3	1	66	4	4	5,71
Bremen	4	74	35	74	35	74	35	73	34	73	34	73	34	493	244	107	14,52
Hambg.	3	124	15	124	15	124	15	124	15	124	15	124	15	731	133	139	16,09
Elb-Lothringen	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	22	—	—
Insgesamt	438	1796	1443	1744	1440	1736	1439	1739	1434	1734	1430	1732	1426	16785	14327	3208	10,31

als sie der Schatzsekretär im Reichstag zugeben wollte. Vollständig entkräftet wird durch nachfolgende Statistik jedoch die Annahme des Schatzsekretärs, daß die Produktion in der Zigarrenindustrie sich neu belebe und die Geschäftstodung jedenfalls bald ein Ende nehmen werde. Bis jetzt ist noch wenig Aussicht dazu vorhanden.

Die volkswirtschaftliche Einsicht derer, die die traurige Wirkung des Tabaksteuergesetzes voraussagten, wird dagegen durch die Statistik völlig bestätigt.

Bewerkschaftliches.

Mitglieder, die in einem andern Orte in Arbeit zu treten gedenken, haben sich vorher an den zuständigen Bevollmächtigten zu wenden, ehe sie die Arbeit annehmen.

Sulingen (Hannover). Der Abwehrstreik bei der Firma D. Hinz dauert fort. Vor Zuzug nach Sulingen und Annahme von Streikarbeit für diese Firma wird gewarnt.

Northeim (Hannover). Bei der Firma D u i s e n b e r g u. S o n n t a g stellten die Kollegen die Arbeit ein, weil

es nicht gelang, die Lohndifferenzen zur Zufriedenheit zu erledigen und von der Firma ein Mitglied der Kommission entlassen wurde. Vor Zuzug wird gewarnt.

Breslau. Bei der Firma Otto M r u c k e stellten alle Arbeiter die Arbeit ein wegen schlechter Behandlung durch den Werkmeister und weil den Zurückern nicht der übliche Lohn gezahlt wurde. Vor Zuzug wird gewarnt.

Außerdem ist Zuzug fernzuhalten nach: Dahme i. M.: Firma G l o u l; Sommerfeld: Firmen K. W a t t k e und Paul W ü r b e l; Widenbach (Hessen): Firma M. S. T h o r b e d e (Sitz Mannheim); Erfurt: Firma S o f f m a n n u. T r i e b e l; Waldheim: Firma C. F. G ü n t h e r.

Die dänischen Gewerkschaften im Jahre 1909. Ein glänzendes Bild stetiger Entwicklung zeigen die dänischen Gewerkschaften, die sogar in den Zeiten der schlimmsten Krise ihren Mitgliederbestand dauernd erhöhen konnten. Den „zentralisierten Gewerkschaftsverbänden Dänemarks“, so heißt die dortige gewerkschaftliche Landeszentrale, gehörten am 1. Januar 1910 insgesamt 98 643 Mitglieder an, gegen 96 651 am 1. Januar 1909 und 90 253 am 1. Januar 1908. Die Zunahme im Jahresdurchschnitt war noch höher; sie betrug etwa 8000 im Jahre 1909. Die Gesamtmitgliedszahl verteilt sich auf 52 Zentralverbände mit 1241 Verwaltungsstellen, sowie 9 Lokalvereine.

Die Einnahmen im Jahre 1909 betrugen insgesamt 3 473 909 Kronen gegen 2 222 217 Kronen im Vorjahre, die Ausgaben dagegen 3 012 911 Kronen gegen 2 124 143 Kronen im Vorjahre; 843 753 Kronen wurden für den Streik in Schweden verausgabt. Die zu reinen Unterstützungszwecken verwandten Summen sind demnach von 968 417 Kronen im Jahre 1908 auf 1 551 541 Kronen im Jahre 1909 gestiegen! Das Gesamtvermögen der Gewerkschaften betrug über 3 1/2 Mill. Kronen.

Im Jahre 1909 bezogen 44 Unterstützungskassen für Arbeitslose — darunter 43 gewerkschaftliche — die vom Staate oder den Gemeinden vorgesehenen Zuschüsse oder Subventionen zur Arbeitslosenversicherung. Dieselben umfaßten 83 836 Mitglieder, einschließlich 6634 weibliche. Die Subventionen des Staates erreichten im letzten Jahre die Höhe von insgesamt 576 159 Kronen; dazu kommen noch bedeutende Mittel, die von den einzelnen Gemeinden für den gleichen Zweck bereitgestellt wurden. So subventionierte die Stadt Kopenhagen z. B. die Arbeitslosenkassen im Jahre 1909 mit 131 079 Kronen. Hier sind nicht

einnahme entstanden, darüber gibt die Bergarbeiterzeitung in ihrer Nr. 28 wie folgt Aufschluß:

„Rechnete sich doch der Gewerksverein christlicher Bergarbeiter im Jahre 1909 gegen das Jahr 1908 eine höhere Betriebseinnahme von 130 153,27 Mk. dadurch heraus, daß er den Anteil der Lokalkassen von 159 774 Mark 56 Pfg. in Einnahme und Ausgabe stellte, was früher nicht geschah. Rechnet man von diesen 159 774,56 Mk. die angebliche Mehreinnahme von 130 153,27 Mk. ab, so entsteht eine Mindereinnahme von 29 621,29 Mk.“

Zu dieser Feststellung äußert sich weiter der neueste Bergknappe, das Organ des Gewerksvereins christlicher Bergarbeiter, noch das christliche Zentralblatt. Der Gewerksverein gibt eine Mehreinnahme von 130 153,27 Mk. und eine Mitgliederzunahme von 6920 an. In Wirklichkeit hatte er eine Mindereinnahme von 29 621,27 Mk., was einem Mitgliederverlust von über 1500 entsprechen würde. Danach hat der Gewerksverein 8420 Mitglieder zuviel angegeben. Außerdem hat das Zentralblatt aber einige neue Organisationen angeführt. Es ist das der Verband der deutschen Staatsbahnhandwerker und Arbeiter mit 8920 Mitgliedern und der Kellner mit 1185 Mitgliedern. Rechnet man diese und die vom Gewerksverein christlicher Bergarbeiter zuviel angegebenen Mitglieder von der Gesamtmitgliedszunahme ab, so bleibt nur noch eine Zunahme von 769 Mitgliedern zu verzeichnen. Haben nun, was nach bisher gemachten Erfahrungen sehr nahe liegt, die übrigen christlichen Verbände ähnliche Zahlenmanöver angewandt wie der Gewerksverein christlicher Bergarbeiter, dann sieht es im Christenlager böse aus und die Achermittwochstimmung läßt sich verstehen.

Berichte.

Dahme (Mark). Ein sonderbares Benehmen legt der Zigarrenfabrikant Gloel von hier an den Tag. Derselbe entließ den Kollegen Flachsenberger vor ca. 1/2 Jahr unter recht sonderbaren Begleitumständen. Derselbe wurde deshalb von der damaligen Versammlung als gemäßigter angesehen und ihm anheimgegeben, gegen Gloel Klage zu erheben. Gleichzeitig wurde die Sperre über genannten Betrieb beim Vorstand beantragt. Nach einer vorausgegangenen Kommissionsprüfung wurde auch Kollege Kühn und seine Frau, welcher an der Sitzung teilgenommen hatte, gemäßigert. In dem nun folgenden von Hl. angeordneten Prozeß zeigte Herr Gloel eine Naivität, wie man sie selten findet. Herr Gloel, der in seinem ursprünglichen Beruf Tuchmachergeselle war, gab vor Gericht an, die einfachsten, in der Tabakbranche vorkommenden Fachausdrücke nicht zu kennen. Er wußte nicht, was ein Koller, ein Teilarbeiter usw. zu bedeuten hat. Als ihm von dem betreffenden Amtsrichter gesagt wurde, daß er durch die Auslösung, Annahme und Entlassung der Wickelmacher durch den Zigarrenmacher die Bundesratsbestimmungen, also das Gesetz, verlege, antwortete er: „In meinem Betriebe bin ich Gesetz!“ Unerschütterlich kann wohl ein Unternehmer seinen Herrenstandpunkt nicht zum Ausdruck bringen. Er wurde aber trotzdem am 12. Juli zur Zahlung des Lohnes nebst 4 Proz. Zinsen verurteilt. Jetzt hat sich Herr Gloel an das hiesige Zollamt um Zigarrenmacher gewandt. Er will dadurch die hier arbeitslosen Tabakarbeiter, da er weiß, daß dieselben die Annahme der Arbeit verweigern müssen, um ihre Unterstützung bringen. Die organisierten Tabakarbeiter werden sich aber durch solches Vorgehen nicht abhalten lassen, ihre Pflicht zu tun. Den nichtorganisierten Kollegen aber rufen wir zu: „Hinein in unsere Reihen, dann werden Fabrikanten wie Herr Gloel einer Mauer gegenüberstehen, an der sie sich den Kopf zerschellen!“

Hamburg. Öffentliche Tabakarbeiter-Prottestversammlung gegen die neuerliche Rechtslosmachung der Tabakarbeiter durch die Regierung, am 11. Juli 1910 in Altona, Blumenstraße. Pafelberg (Tabakarbeiter) führte etwa folgendes aus: Um festzustellen, ob die Regierung berechtigt war, die bisherigen Ausführungsbestimmungen des Tabaksteuergesetzes (Artikel IIa) zu ändern, dürfte es notwendig sein, einen Blick über die bisherigen Verhältnisse zu werfen. Bei Festsetzung der neuen Tabaksteuer im Reichstag sei auch beschlossen worden, die arbeitslos werdenden Tabakarbeiter zu unterstützen. Ein weitgehender Antrag der Sozialdemokraten, die Tabakarbeiter voll zu entschädigen, sei abgelehnt worden. Dagegen sei ein Zentrumsantrag (Giesberts), die arbeitslosen Tabakarbeiter auf die Dauer von zwei Jahren mit drei Viertel ihres bisherigen Lohnes zu unterstützen, zur Annahme gelangt. Zwischen der zweiten und dritten Lesung wurde dann die gesamte Unterstützungssumme auf 4 Millionen Mark festgesetzt. Nach dem Inkrafttreten der Tabaksteuer setzte die Arbeitslosigkeit mit aller Macht ein. In vielen Gegenden mußten die arbeitslosen Kollegen lange Zeit warten, ehe ihre Gesuche geprüft wurden. Die Organisationen wandten sich beschwerdeführend an den Reichsschatzsekretär von Bermuth, welcher Abhilfe versprach. Nach eigener Aeußerung des Reichsschatzsekretärs sind bis zum Frühjahr über 53 000 Unterstützungsgesuche eingereicht worden, was etwa 30 Proz. der Gesamtbeschäftigten ausmacht. Infolge dieser großen Zahl konnten die 4 Millionen nicht lange reichen. Es wurden dann noch 1/2 Millionen Mark zubewilligt, und nach einem Antrag (Bebel), die Unterstützung zu den bisherigen Bedingungen weiter bezahlt. Der Schatzsekretär erklärte dann noch, wenn die Mittel nicht reichen würden, daß er sich für berechtigt halten werde, aus anderen Beständen Mittel flüssig zu machen und diese in weitgehendster Weise Verwendung finden zu lassen. Der Reichstag erklärte sich allseitig damit einverstanden. Bei einer später zwischen den Organisationen und dem Reichsschatzsekretär wieder stattgefundenen Konferenz erklärte er, daß das Geld nunmehr alle und der Artikel IIa des Tabaksteuergesetzes erfüllt sei. Er machte dann den Vorschlag, entweder sämtliche Arbeitslose noch für längere Zeit oder nur sehr bedürftige für etwas längere Zeit zu unterstützen. Unter Protest gegen die ganze Aufassung der Regierung entschieden sich dann die Organisationsvertreter für den ersteren Vorschlag. Der Bundesrat hat dann neue, stark gekürzte Unterstützungssätze für den weiteren Bezug festgelegt, die der Redner mitteilte. Die Kernfrage sei nun: Mit welchem Recht wagt es die Regierung, dergleichen zu machen? Der Schatzsekretär stützt sich darauf, weil kein Geld mehr da ist, sei Artikel IIa hinfällig. Aber sämtliche Parteien des Reichstages waren anderer Meinung, wie Redner durch Wiedergabe von Ausführungen derselben erhärtet. Hätte der Schatzsekretär seine jetzige Ansicht vorher im Reichstage kundgetan, so würde derselben von allen Seiten widersprochen worden sein. Deshalb besteht auch noch die alten Unterstützungssätze zu Recht. Es sei eine erbärmliche, kleinliche Pfennigknauserie von der Regierung, angeführt des Dreimilliarden-Staats in dieser Richtung vorzugehen. Diese Sparsamkeit, den Ärmsten der Armen gegenüber, kenne man nicht, wenn es gelte, den Junkern oder dem Träger der Krone Zuwendungen zu machen. Da werde frisch

drauf los bewilligt. Unsere Aufgabe müße es sein, auf den Reichstag einzuwirken, damit die den Tabakarbeitern zugestanden Rechte auch aufrecht erhalten bleiben. Redner empfahl die Annahme folgender Resolution:

„Die am 11. Juli in den Blumenfälen Altonas tagende Versammlung der Tabakarbeiter von Hamburg, Altona und Umgegend protestiert mit aller Entschiedenheit gegen die nach dem 16. Juli d. J. in Kraft tretenden Bestimmungen des Bundesrats und Reichsstaatsamts, durch welche Höhe und Dauer der Unterstützung für die durch die Tabaksteuererhöhung arbeitslos gewordenen Tabakarbeiter herabgesetzt werden.“

Die Versammlung erachtet die Auffassung, nach welcher der Artikel IIa, der die Dauer der Unterstützungsperiode auf zwei Jahre und die Höhe der Unterstützung auf drei Viertel des entgangenen Arbeitsverdienstes festsetzt, seine Erledigung gefunden habe, für falsch und mit dem Geiste des Artikels IIa sowie den Erklärungen der Parteien des Reichstages im Widerspruch stehend.

Die Versammlung erwartet daher vom Deutschen Reichstage, daß er sofort nach seinem Zusammentritt weitere Mittel bewilligt, damit den arbeitslosen Tabakarbeitern wenigstens die durch Artikel IIa gewährleisteten Unterstützungen weitergezahlt werden können, und das Deutsche Reich vor der Schmach bewahrt, daß es die unschuldigen Opfer seiner unfeligen Finanzpolitik dem größten Elend überantwortet.“

Arnhold (Zigarrensortierer) führt aus: Während man sonst in puncto Gesetzgebung sehr langsam sei, peitische man derartige Gesetze, wie die Finanzreform, durch, und nachher zeige es sich dann, wie unzulänglich dieselben sind. Eine solche Arbeitslosigkeit unter den Tabakarbeitern habe wohl kein Mensch vorausgesehen, deshalb war es Unsinn, eine bestimmte Summe und eine bestimmte Zeitdauer zum Bezüge der Unterstützung festzusetzen. Am schlimmsten sind wohl die Hamburg-Altonaer Tabakarbeiter von der Arbeitslosigkeit betroffen. Um die Ware möglichst billig hergestellt zu erhalten, wird die Arbeit von hier fortgelegt nach Gegenden, wo billigere Löhne gezahlt werden. Redner bringt zur Kenntnisnahme, in welcher rigorosen Weise in verschiedenen Orten und Gegenden versucht wird, den Arbeitern beim Bezüge der Unterstützung Schwierigkeiten zu machen. Auch wird von den unteren Behörden versucht, die Kollegen als Lohnrücker zu benutzen. Das dürfen wir uns nicht gefallen lassen, und müssen dagegen protestieren. Zunächst bleibt uns der Protest. Aber es bleibt uns auch noch etwas anderes: nämlich die Kräftigung und Stärkung der Organisation. Einer starken Organisation wird es eher möglich sein, gegen die Rechtlosmachung der Arbeiterschaft Front zu machen und diese vor Schädigung zu bewahren. Daher sei es Pflicht eines jeden Kollegen und jeder Kollegin, der Organisation beizutreten und die Arbeiterpresse zu lesen. Redner bat um Annahme der Resolution. Nachdem die Resolution einstimmig angenommen wurde, erfolgte Schluß der gut besuchten Versammlung.

Kollegen! Agitiert für Eure Organisation!

Uereinstell.

Deutscher Cabakarbeiter-Verband.

Karl Reichmann, Vorsitzender, Bremen, Faulenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 6. — Telefon Nr. 6046. Bureauzeit von 8 bis 4 Uhr nachmittags.

Für den Vorstand bestimmte Zuschriften sind an das Bureau des Deutschen Cabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Faulenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 6, zu adressieren. Geld-, Einschreibe- und Wertsendungen nur an W. Niederwelling, Bremen, Faulenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 6.

Für den Ausschuß bestimmte Zuschriften sind an Emil Gilten, Altona-Dittensen, Scheel-Platzstraße 1, I., zu adressieren.

Abrechnungen für das 2. Quartal 1910

gingen in der Zeit vom 12. bis 16. Juli bei uns ein:

Vom 1. Gau: Darmbeck, Hamburg, Segeberg, Kellinghufen, Heide, Ottenfen; 2. Gau: Burgdamm, Verden; 3. Gau: Freden, Hannover, Seesen, Gertrode, Delfau, Wolfenbüttel, Celle, Zerbst, Köthen, Bernburg, Müchhof, Halberstadt; 4. Gau: Herzberg, Münden, Osterode, Rotenburg a. F., Frankenhafen, Unterrieden; 5. Gau: Oberbavaria, Lemgo, Niederbergen, Löwensteinthal; 6. Gau: Goch, Nachen, Orjov, Emmerich; 7. Gau: Groß-Neuheim, Heppenheim, Launsbach, Müdingen; 8. Gau: Rohrbach, Reckarhausen, Ebertoben, Sandhofen, Reimen, Hochdorf, Reilingen, Speyer, Neulufheim, Kirchheim; 9. Gau: Heidenheim, Neufreistett, Ansbach, Baden-Baden, Lauffen a. N., Schornborn, Straßburg; 10. Gau: Erfurt; 11. Gau: Leipzig-Connewitz, Kreischa, Freiberg i. S., Rochlitz, Maderberg, Tannenber, Leipzig, Launsbach, Mittweida; 12. Gau: Ranth, Liegnitz, Wanjen, Goldberg, Dhlau, Breslau, Oppeln, Greiffenberg i. Schl.; 13. Gau: Züllichau, Schwedt a. D., Dahme.

Bremen.

Der Vorstand.

Vom Vorstande sind ernannt:

Für Brake i. Lippe: August Strate als 2. Bev.
Für Halle a. S.: Eduard Holzendorf als 3. Bev.; Aug. Reubert als Kontrolleur.
Für Rotenburg a. F.: Adam Rudolph als 2. Bev.
Für Unterrieden: Hermann Kraft als 1. Bev., Wilh. Viedt als 2. Bev.

Adressen-Änderungen:

Für Dieblich: Der 2. Bev. Wilh. Kremer wohnt Kaiserstraße 26, III.
Für Brake i. Lippe: Der 2. Bev. August Strate wohnt Mittelstraße.
Für Dortmund: Alle Zuschriften sind an den 2. Bev. Heinrich Pelz, Friedrichstraße 12a, zu richten.
Für Pöschel i. A. (Baden): Alle Zuschriften sind an den 2. Bev. Ludwig Schmieber zu richten.
Für Unterrieden: Alle Zuschriften sind an den 1. Bev. Herrn. Kraft, Zigarrenmacher, zu richten.

Mitglieder-Versammlungen.

(Mitglieder, besucht Eure Versammlungen zahlreich!)

In **Nahden**: Sonntag, den 24. Juli, nachmittags 3 1/2 Uhr, im Vereinslokal. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 2. Quartal. 2. Aufnahme neuer Mitglieder. 3. Verschiedenes. — Um zahlreiches Erscheinen bittet J. A.: Der Bevollmächtigte.

In **Bernigerode**: Montag, den 25. Juli, abends 8 Uhr, im Volksgarten. Tagesordnung: 1. Abrechnung. 2. Bericht von der Generalversammlung in Braunschweig. Referent: Gauleiter Burgold. 3. Wahl eines Kartelldelegierten und Ersatzwahl zur Tarifkommission. 4. Verschiedenes. — Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet J. A.: Der Bevollmächtigte.

In **Gehlenbed**: Mittwoch, den 27. Juli, abends 9 Uhr, im Saale des Herrn Wilh. Kahlweh. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 2. Quartal. 2. Mitteilung des Delegierten von der Generalversammlung. 3. Verschiedenes. — Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, in dieser Versammlung zu erscheinen. Die Ortsverwaltung.

In **Finstertal**: Donnerstag, den 28. Juli, abends 8 Uhr, im Gesellschaftshaus Raundorf. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 2. Quartal. 2. Bericht von der Generalversammlung. 3. Verschiedenes. Die Ortsverwaltung.

In **Kirchlengern**: Sonntag, den 31. Juli, nachmittags 4 Uhr, bei Buddenberg, Südlengern. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 2. Quartal. 2. Berichterstattung von der Generalversammlung in Braunschweig. 3. Verschiedenes. Die Ortsverwaltung.

In **Scharmed**: Montag, den 1. August, abends 8 1/2 Uhr, in der Zentralsalle. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. — Um zahlreiches Erscheinen ersucht J. A.: Der Bevollmächtigte.

Kirchlengern. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß am 26. Juli die gesamten Verwaltungsgeschäfte hiesiger Zahlstelle dem Kollegen P. Niehaus übertragen werden. Die Auszahlung sämtlicher Unterstützungen findet nur wochentags statt, und zwar von Montag bis einschließlich Freitag, nachmittags von 1 bis 2 Uhr. Sonnabends nachmittags von 6 bis 8 Uhr. Zweckes Bürgerkontrolle werden die Mitglieder ersucht, vom 1. August ab die Mitgliedsbücher und -Karten bereitzuhalten. Die Ortsverwaltung.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Cabakarbeiter Deutschlands.

Eingegangen: Darmbeck 100.—, Seehelm 70.—, Sandhauften 100.—, Pöschel 75.—, Rawisch 50.—, Berlin II 240.—, Brandenburg 100.— Mk.
Sterbekasse: Darmbeck 80.27, Bremen 37.50, Rawisch 10.35, Hastedt 3.—, Neulufheim 47.46, Berlin II 40.—, Brandenburg 32.—, Groß-Steinheim 54.51 Mk.
Zuschüsse: Ansbach 75.—, Osterheim 50.—, Hastedt 100.—, Neulufheim 100.—, Lüneburg 30.—, Sorau 40.— Mk.
Krankengeld: 21.33 Mk.
Hamburg, den 18. Juli 1910. P. Otto.

Rohtabak-Angebot von Heinrich Franck, Berlin, siehe vierte Seite des Hauptblattes.

W. Hermann Müller

Berlin, Magazinstr. 14.

Rohtabake

Besonders empfehlenswert
Nr. 6694
Sumatra
2. Länge Vollblatt à Pfd. 2.50 Mk verzollt.
Geschn. Java-Einlage à Pfd. 1.20 Mk verzollt.
Geschn. Brasil-Einlage à Pfd. 1.20 Mk verzollt gute Qualität.
Sumatra-Umblatt
3. Länge Vollblatt Nr. 6198 à Pfd. 1.60 Mk verzollt.
Java-Umblätter von 1.25-1.80 Mk p. Pfd. verz.

Fabrikations-Utensilien

Wickelformen, neue, zu Konventionspreisen do. gebrauchte, billigst, stets grosses Lager
Formenpressen, solide gebaut, zu 10 Formen, 8, 16, 19 A, ganz aus Eisen 17.50 Mk
Arbeitstische, Schemel, aus bestem Holz, neu und gebraucht, billigst
Pa. Rollbretter, ast- und rissfrei, von 1.50 Mk an
Arbeitsmesser in unerreichter Güte
Hamburger Messer 1 per 10 Stück 2 Mk
la. Engl. sec. Amiac-Extrakt 2 1/2-Pfd.-Dose 4.75 Mk
Pa. Traganth 2, 2.50, 3 Mk per 1/2 kg
Bündelmashinen 75, 85, 1.25, 1.50 Mk usw.
Presskästen zu 2 Bund 80, zu 4 Bund 1.25 Mk
Einschlagpapier, blau, per Pfund 17, 17, 17
Packlack per Pfund 25, 25, 25
Kisten aus Pappe per 100 Stück 5.60 Mk
Ringe, geprägte, 20, 25, 30, 35, 40 per 100 Stück
Band, 50 Meter von 50, 50, 50 an
Etiketten per 100 Stück von 30, 30, 30 an
Preis per Kasse mit 3% Skonto von 10 Mk an
Man verlange Preisbuch 25.

Achtung!

Ansuahme-Offerte!

Sumatra, hell, zweite Länge Stückblatt, weiß brenn., offerieren per 1/2 Kilo inkl. Wertsteuer und Zoll Mk. 2.—

Hengfoss & Maak

Altona-Ottensen
Filiale:
Berlin N., Brunnenstrasse 190.

Unser in Bünde i. W., Moltkestrasse Nr. 62, neu errichtetes

Rohtabaklager

empfehlen wir unter Zusicherung streng reeller, billigster Bedienung hiermit ganz ergebenst.

Bünde i. W. **Jacob & Noll.**

J. H. Koopmann, Bremen

Fernsprecher 3946 Neustadtswall 36 Fernsprecher 3946
empfehlen in bekannter Preiswürdigkeit:

Sumatra-Decker 185, 210, 220, 240, 260, 275, 280, 340, 420, 460, 500, 500
Sumatra-Umblatt (Rollblatt) 155, 180, 180
Java- und Vorstenland-Decker 220, 240, 250, 260, 270, 300, 320
Mexiko-Decker, enorm deckfähig und zartblättrig, allerfeinste Gewächse und schneeweiß im Brand, 300, 350, 400, 430
Mexiko-Umblatt 150
Java-Umblatt 130, 155, 160
Java-Umblatt und Einlage 95, 105, 110
St. Felix-Brasil-Decker 190, 215, deckt mit 4 Pfund, brennt schneeweiß, egale braune Farben
St. Felix-Brasil-Umblatt 160, 170
St. Felix-Brasil-Umblatt und Einlage 120, 140, 150
Domingo-Umblatt 90, 95, 100, 110, 120
Carmen-Umblatt 100, 105, 110, 120
Seedleaf-Umblatt 110, 120
Portorico-Decker, brennt schneeweiß, 130, 130
Einlage 100
Havanna-Einlage 200, 250, 300
Yara-Cuba 200, 220
Losgut aus nur überseeischen Originaltabaken, meist Umblatt, 100, 105, 110

II **Wickelformen** (neu und gebraucht, in allen Fassons, von 50 bis 150) Schiffschen-Abdrücke verlende gratis und franco.
Neue, schmiedeeiserne Formenpressen mit Flachgewinde, besonders stark gearbeitet, für 10 bis 12 Formen, pro Stück 7.50 Mk. Gummi-Traganth, allerfeinste Ware, größte Klebkraft, pro Pfund 250, bei Abnahme von Postfakti à 9 1/2 Pfund netto à 240. **Zigarrenband**, feinste gelbe Halbseide, 8 Lin., pro 50 Meter-Rolle 160.

Preise per Pfund verzollt einschl. Wertzoll. Versand nur unter Nachnahme.

Brinkmeier & Co.

Bremen, Geeren 58
altbekannte reelle Bezugsquelle empfehlen als gut und preiswert

Sumatra-Decker 180, 215, 220, 270, 300, 340, 425, 450, 600
Sumatra-Umblatt 160, 170, 180
Vorstenland-Decker 225, 280, 320
Java-Decker 220, 250, 360
Java-Einlage u. Umblatt 100, 105, 110, 125, 135, 150, 170, 180
Brasil-Decker 200, 210, 225, 240, alles vorzüglich weiß brennend.
Brasil-Einlage und Umblatt 130, 135, 150, 160, 170
Carmen 100, 110, 125, 130, 150
Domingo 100, 110, 115, 130, alles trodene, saure Tabake.
Havanna-Einlage 170, 275
Yara Cuba 190, hervorragende Qualit.
Seedleaf-Umblatt 145, 155, flatter, geschlossener Brand.
Kentucky 130, 150, 160, 170
Virgin-Umblatt und Deckblatt für Oesterreicher u. Brissago 150—180
Losgut 95, 100, allerbeste Ware, sehr preiswert, meist Umblatt.
Preise verstehen sich per Pfund verzollt inkl. Wertzoll.
Versand unter Nachnahme.

Rohtabak-Versandhaus N. Edling, Bremen

empfehlen folgende gute Tabake zu niedrigen Preisen

Sumatra-Decker à 170, 180, 200, 220, 240, 260, 280, 300, 310, 320, 360, 410, 450, 500.
Sumatra-Umblatt, Vollblatt à 140, 150, 169, Stückblatt à 130, 140, 150
Java-Decker à 200, 220, 260
Java-Umblatt à 125, 130, 140, 150, 160, 170.
Vorstenland-Decker à 200, 220, 230, 240, 280, 290, 300
Vorstenland-Umblatt à 140, 150, 160, 170.
Brasil-Decker à 170, 180, 190, 200 (4-5 Pf. bedend, schneeweißer Brand).
Brasil-Einlage u. Umblatt à 115, 120, 125, 130, 135, 140, 150, 160
Mexiko-Decker à 200, 250, 300
Mexiko-Umblatt à 120, 130, 140
Havanna à 150, 160, 180, 200, 250, 300, 350.
Yara-Cuba à 150, 160, 180, 200
Carmen (rein Umblatt) à 110, 120, 130, Einlage u. Umblatt à 90, 95, 100, 105
Domingo (rein Umblatt) à 105, 110, 120, Einlage u. Umblatt à 90, 95, 100
Losgut (rein überseeisch) à 90, 95
Gemischte Original-Tabake (rein überseeisch) à 100, 110
Geschnittenen Brasil à 105, 110
Geschnittenen Java à 100, 110
Preise verzollt per Pfund.
Versand unter Nachnahme.
Kredit bei Aufgabe guter Referenzen.

Gebrauchtes seidenes Band

ff. geplättet
10 mal so billig wie neues
per Pfund 4.50 Mk.
Ia. per Pfund 5.— Mk.
daselbe unbedruckt 6.— Mk.

L. Cohn & Co., Berlin N.
Brunnenstraße 24.

10 Mark Belohnung

demjenigen, der mir mein gestohlenen Fahrrad, Marke Rhodus, Nr. 298516, wieder besorgt.
Näheres an Kollegen Hermann Ebert, Befensamp Nr. 65, bei Enger in Westfalen.
Dem Zigarrenmacher **Robert Weide** aus Lauban zu seinem am 21. Juli stattgefundenen 22. Geburtstag die herzlichsten Glückwünsche.
C.G., Siraupig bei Sirschberg (Schles.)

Unserm Kollegen **Konrad Ortz** nebst seiner Braut, Kollegin **Berta Wetzel**, zu ihrer am 23. Juli stattgefundenen Vermählung die besten Glückwünsche.
Die Kollegen **P. P., G. M., J. H., Gelsbern.**

10 gebr. Formenpressen

gut erhalten, à 3, 4 und 5 Mk. offerieren

L. Cohn & Co., Berlin N.
Brunnenstraße 24.

Java-Sumatra linkschell per Pfund 2.70
Java-Sumatra 1. Blattlänge per Pfund 3.60
Diese Tabake brennen tabellos und decken mit 1 1/2 Pfund.

Carl Roland, Berlin SO.
Kottbusser Straße 4.

Max Jacoby Berlin, Strelitzer Str. 52.
Bekannt billige Preise.
Ia. Grus 40, 60, 80, 100, stets da, präp. safrig, ff. Ripp. 20, hell Decke (Gelegthäff., 2 Sor.), statt 4 1/2 f. 3 1/2. **Kemmler Nfg., Breslau 6.**

Todes-Anzeigen.

Am 9. Juli starb nach kurzem Leiden unser Kollege **Wilhelm Metzler**.
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm Die Mitglieder der Zahlstelle Templin.

Am 11. Juli starb nach langem, schwerem Leiden unser Mitglied **Karl Grunwald** im Alter von 35 Jahren.
Leicht sei ihm die Erde!
Die Mitglieder der Zahlstelle Peterswalbau.

Briefkasten.

Befensamp. 90. Pfg. — Gelsbern. 1 Mk.

Licht ist Macht

oder: Wie schütze ich mich vor zu starkem Familienzuwachs?
Zu beziehen gegen Einsendung von 35 Pfg. in Briefmarken portofrei durch die Expedition des Tabak-Arbeiter, Leipzig, Tauchaer Strasse 19/21.

Den Standpunkt des Vorstandes vertrat in ausgiebiger Weise der Vorsitzende Deichmann. Er warnte vor großen Experimenten, nach denen die Zeit nicht angetan sei, und ermahnte, alle die Anträge auf Aenderung der Beitragsklassen, des Wahlreglements usw. dem Vorstand zu überweisen, damit der nächsten Generalversammlung dann eine entsprechende Vorlage unterbreitet werden kann. Er war bei der Böhnerinnen- und Arbeitslosenunterstützung mit Kleinen, von ihm näher erläuterten Erweiterungen einverstanden. Damit jedoch die Mittel zur Föhrung der Kämpfe dadurch nicht geschmälert würden, empfahl er als Äquivalent die Erhebung von Lokalbeiträgen und die scharfe Innehaltung der nach der Dauer der Mitgliedschaft gezogenen Staffellung bei der Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung. — Sämtliche Anträge wurden schließlich an eine Dreizehnerkommission verwiesen.

Nachdem die bis 2½ Uhr dauernde Morgenstimmung geschlossen, wurde der Nachmittag zu einem gemeinsamen Ausfluge benutzt.

Der Landarbeiterverband im Jahre 1909.

Der Verband der Land-, Wald- und Weinbergsarbeiter erstattet seinen ersten Geschäftsbericht für das Jahr 1909. Danach ist es in der kurzen Zeit des Bestehens der Organisation (seit 1. Juni 1909) gelungen, bei der ländlichen Arbeitererschaft Eingang zu finden, trotzdem sehr bald der Widerstand der Behörden und Gutsbesitzer bemerkbar wurde. Lokalmangel, Angst vor den Gutsbesitzern und Behörden mußten erst überwunden werden, ehe ein Erfolg winken konnte. Den Organisationsleitern standen aber mächtige Bundesgenossen zur Seite. Die wachsende Verteuerung aller Bedarfsartikel durch Zollpolitik und Reichsfinanzreform, die beide dem ländlichen Arbeiter seine überaus elende Lage derart fühlbar machen, daß er über alles Erwarteten für den Organisationsgedanken empfänglich geworden ist.

Der Mitgliederstand von Ende 1909 ist unter diesen Umständen heute auch weit überholt und dürfte am Ende des laufenden Jahres die ersten 10 000 überstiegen haben. Ende 1909 zählte der Verband 215, gegenwärtig zirka 340 Orts- und Bezirksgruppen in allen Teilen Deutschlands. Aus andern Verbänden sind insgesamt nur 250 Mitglieder übergetreten, darunter die Mehrzahl bayrischer Waldarbeiter aus dem Verband der Staats- und Gemeinbedarbeiter. Dagegen stellt der Fabrikarbeiterverband, dem früher die Landarbeiter zugeteilt waren, nur einen geringen Anteil an Uebertritten.

Die anfänglich geübte Auffassung, die neuen Mitglieder eigneten sich schwer zur Vornahme der Verwaltungsgeschäfte, konnte sehr bald der erfreulichen gegenteiligen Erkenntnis weichen. Die Erfahrungen, die Verbandsvorstand und Gauleiter in dieser Richtung machten, lassen es geraten erscheinen, in allen Ortsgruppen darauf zu dringen, daß die Verwaltungsgeschäfte von den Mitgliedern versehen werden.

Als eine Einrichtung, die wohl am meisten in Anspruch genommen werden dürfte, hat sich der freie Rechtschutz erwiesen. Neben der Beantwortung zahlloser Anfragen, die sich nicht nur auf das Gebiet des Arbeitsvertrages und der Arbeiterversicherungsregeln beschränken, hatte die Verbandsleitung bereits in sehr vielen Fällen die Einleitung von Klagen bei den verschiedensten Gerichten nötig. Es konnte auf dem Zivilprozesswege, wie auch durch Beitritt in vielen Strafverfahren den Mitgliedern wirksam und erfolgreich Hilfe geleistet werden. Beim Einbringen in das Gebiet der Gefindeordnungen, Ausnahmegesetze und polizeilichen Verordnungen gegen die ländlichen Arbeiter zeigte sich erst die Rechtlosigkeit dieser Arbeiterschaft.

Direkte Verbesserungen im Lohn- und Arbeitsverhältnis wurden in der kurzen Zeit auch schon erzielt. Der bloße Zusammenfluß der Landarbeiter eines Bezirks genügt, um die Arbeitgeber zur Gewährung von höherem Lohn und besserer Behandlung zu veranlassen. In verschiedenen Waldarbeiterbezirken wurden durch Eingaben an die staatlichen Behörden Verbesserungen angebahnt und teilweise erreicht. Die Landtagsfraktionen wurden bei ihrem Eintreten für die Interessen der Land- und Forstarbeiter mit Material unterstützt.

Das Verbandsorgan „Der Landarbeiter“ ist, nach mündlichen und schriftlichen Berichten zu schließen, zum gern gelesenen und vielfach am Monatsbeginn mit Ungeduld erwarteten Blatte geworden, das das Selbstbedürfnis bei den ländlichen Arbeitern weckt und den Gedankenaustausch der unter den denkbar verschiedensten Verhältnissen lebenden Leser auf die Notwendigkeit des Klassenkampfes lenken konnte.

Der junge Verband ist in seinem ferneren Wirken auf die tätige Mitarbeit aller in der modernen Arbeiterbewegung stehenden Kräfte angewiesen, um so mehr, als die Gegner im Unternehmerlager, aufgeschreckt durch unsere Erfolge, bereits daran gehen, durch Gegenmaßnahmen dem Verbands den Weg zu weiteren Erfolgen zu verlegen.

In einer Reihe von Steinbruchgebieten können unsere Verbandskollegen für den Landarbeiterverband sehr nützlich tätig sein, so zum Beispiel im Fichtelgebirge, dem Bayerischen Walde, im Mainlandsteingebiet usw. Unsere Kollegen kommen sehr häufig mit den Waldarbeitern zusammen und müssen die letzteren auf die neue Organisation verweisen werden. Unsere Verbandsmitglieder dürfen da keine Mühe scheuen, sie müssen bestrebt sein, dem Landarbeiterverband in den abgelegenen Gegenden bei der Gründung von Zahlstellen behilflich zu sein.

Rundschau.

Für die arbeitslosen Tabakarbeiter gibt es nichts. Im badischen Landtag wurde die Interpellation der Sozialdemokraten verhandelt, den immer noch arbeitslos werdenden Tabakarbeitern Reichsunterstützung zu erwirken, eventuell aus badischen Staatsmitteln Arbeitslosenunterstützung zu gewähren. Die Regierung erklärte, daß sie dies beim Reichskanzler vergebens versucht habe und auch nicht aus badischen Staatsmitteln weitere Unterstühtungen gewähren wolle. Somit hört vom 10. Dezember ab jede Unterstützung der Tabakarbeiter auf. Den Antrag der Sozialdemokraten, dem Etat 1910/11 zum Zwecke der Arbeitslosenfürsorge 100 000 Mk. einzuverleihen, erklärte der Minister Bodman, der ihn schon in der Kommission ablehnte, für unannehmbar, da gestern das Finanzgesetz angenommen wurde. Gegenüber einem abgeänderten, gegen das Zentrum angenommenen Antrag, diese Summe dem nächsten Landtagsetat einzuverleihen, schied sich der Minister aus.

Die Wirkungen der „Reichsfinanzreform“ sind auch für Sachsen-Meinungen recht unheilvolle gewesen. Der soeben erschienene Jahresbericht der Fabrikinspektion für das Herzogtum konstatiert, daß die Zahl der erwachsenen männlichen Arbeiter von 18 323 auf 17 812, die der über 16 Jahre alten Arbeiterinnen von 7450 auf 7316, und die der jugendlichen Arbeiter unter 16 Jahren von 3286 auf 2913 zurückgegangen ist, das sind 1910 Personen weniger als im Vorjahre! Speziell die Tabak- und die Porzellanindustrie hatten unter den Wirkungen der sogenannten Finanzreform zu leiden. Drei Zigarrenfabriken mit 83 Arbeitern mußten den Betrieb ganz einstellen, während fünf andere mit zusammen 249 Arbeitern 58 Personen wegen mangelnder Beschäftigung entließen. In zwei Porzellanfabriken wurden allein 223 Arbeiter entlassen. Neben Arbeitslosigkeit traf die Arbeiterschaft noch viel-

fach Lohnherabsetzung. Der Fabrikinspektor sagt darüber: „Gleichzeitig mit der Einschränkung der Arbeitszeit erfolgte leider auch sehr häufig eine Herabsetzung des Arbeitslohnes. Die Arbeiter mußten sich der Maßnahme fügen, wollten sie nicht brotlos werden durch Entlassung oder gänzliches Stilllegen des Betriebs. Gewiß steht es dem Unternehmer zu, ihren Verhältnissen angepaßt die Löhne festzusetzen, sie sollten aber beim Wiedereintritt geschäftlich günstigerer Zeiten nicht vergessen, freiwillig die in mühslichen Zeiten herabgesetzten Löhne wieder auf die alte Höhe zu bringen.“ Leider werden die Unternehmer in dieser Beziehung dem Fabrikinspektor kein Verständnis entgegenbringen. Der Bericht gibt dann noch zu, daß bei reduzierten Löhnen und beschränkter Arbeitszeit die Verteuerung wichtiger Verbrauchsartikel von der großen Masse schwer empfunden wird und dort eine scharfe Verbitterung erzeugt hat. Es wird dann auch anerkannt, daß der kolossale Rückgang im Alkoholverbrauch eine Folge des Beschlusses der Sozialdemokratie ist.

Ein schöner Erfolg. Bei der Gewerbegerichtswahl in Koblenz, die am 12. Juli zu Ende ging, erhielten die freien Gewerkschaften 755, die christlichen 463 Stimmen. Sämtliche Kandidaten der freien Gewerkschaften sind gewählt. Die nächste Wahl findet nach dem Proporz statt.

Darf bei der Arbeit gesprochen werden? Diese Frage bejahte nach einer Mitteilung der Zeitschrift „Soziale Praxis und Archiv für Volkswohlfahrt“ das Gewerbegericht in Chemnitz einem Unternehmer gegenüber, der einer Arbeiterin das Sprechen mit ihren Kolleginnen bei der Arbeit verboten und sie wegen Uebertretung dieses Verbots ohne Kündigung entlassen hatte. Die Arbeiterin, die auf Auszahlung des Lohns für die Kündigungsfrist klagte, erhielt dies zugesprochen und zwar mit der Begründung, daß gelegentliches Reden während der Arbeit, trotz eines allgemeinen Unterhaltungsverbotes in der Arbeitsordnung, kein Grund zu sofortiger Entlassung sei.

Die Notwendigkeit dieses Urteils durch ein Gewerbegericht ist so recht bezeichnend für die „moderne Betriebsweise“, und aber auch gleichzeitig eine moralische Ohrfeige für alle jene Herren, die im Arbeiter keinen Menschen erblicken, sondern nur eine Maschine, die nur zu arbeiten hat und sonst nichts.

Ein Bischof als Scharfmacher. Im bayrischen Reichsrat ist der Verkehrsminister v. Frauendorfer in den letzten Tagen von den Ultramontanen heftig angegriffen worden, weil er sich weigerte, den süddeutschen Eisenbahnerverband zu verbieten. Der Minister hat erklärt, Ausnahmegesetze hätten keinen Zweck, was auch durch die Geschichte des Christentums bewiesen werde. Dagegen erhob sich der Regensburger Bischof und Brauereibesitzer, Reichsrat von Henle, und führte aus: „Zwischen Sozialdemokratie und Christentum gebe es gar keine Analogie, das Christentum habe sich mit der sozialen Frage jahrhundertlang nicht beschäftigt. Der Apostel Paulus habe immer darauf hingewiesen, sich in die gegebenen sozialen Verhältnisse zu schicken: Wer Knecht sei, soll Knecht bleiben, wenn er nicht freiwillig von seinem Herrn der Knechtschaft entthoen wird. Das Christentum habe also mit der Sozialdemokratie auch in dieser Beziehung nicht die geringste Berührung.“

Unser Münchner Parteiblatt weist nun nach dem approbierten Text der Vulgata nach, daß der Bischof von Regensburg den Apostel Paulus falsch zitiert hat. Entweder kenne der Bischof die heilige Schrift nicht, oder er versuche, sie in tendenziöser, scharfmacherischer Weise auszuliegen. Die Sache erregt großes Aufsehen, da zum erstenmal ein Kirchenfürst zugibt, daß sich das Christentum jahrhundertlang nicht mit sozialen Fragen beschäftigt hat, und weil dieser Kirchenfürst erklärt, daß der Zustand der Knechtschaft dogmatisch unabänderlich sei.

Berichte.

Klein-Auheim. Am 14. Juli tagte im Gasthaus zum goldenen Faß eine öffentliche Tabakarbeiterversammlung mit der Tagesordnung: Eingabe an den Reichstag und Bundesrat, daß die Unterstühtung bis zum Dezember 1911 gewährt werden soll. Referent Ad. Heising-Stuttgart. Der Redner behandelte eingehend die Geschichte der Tabaksteuer seit 1879 und der Lohnverhältnisse in unserem Berufe, und zeigte, daß man sich bereits im Jahre 1885, als die Faktorwerksteuervorlage an den Reichstag gelangte, mit dem Gedanken trug, den durch das Gesetz geschädigten Arbeitern Unterstühtung zu gewähren; es kann also nicht behauptet werden, daß dieser Gedanke vom Jahre 1909 neu sei. Redner behandelte dann eingehend die Unterstühtungsanträge der Sozialdemokratie und des Zentrums, von denen nur der letztere, der Antrag Giesberts, angenommen wurde, der den arbeitslos werdenden Tabakarbeitern drei Viertel des entgangenen Arbeitsverdienstes gewähren wollte; dies war in der 2. Lesung. Dieser Antrag des Zentrums hätte nach den Berechnungen der Sozialdemokraten über 10 Millionen erfordert, was der Regierung zuviel war, und in der 3. Lesung erlebte man das Schauspiel, daß die Vertreter des Zentrums ihren eigenen Antrag verschlechterten, indem sie die Unterstühtungssumme auf 4 Millionen eingeschränkt haben. Redner ermahnte die Tabakarbeiter, sich diesen Streich der Zentrumspartei hinter die Ohren zu schreiben und bei den nächsten Reichstagswahlen diesen Herren die richtige Quittung für ihre Handlungsweise zu erteilen. (Großer Beifall.) Es traten zwei Kolleginnen dem Verbande bei. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

„Die heute, am 14. Juli, in Klein-Auheim stattfindende Tabakarbeiterversammlung protestiert entschieden gegen die Verhandlung, die den Tabakarbeitern, welche durch die Schuld des Reichstags und der Reichsregierung brotlos geworden sind, zuteil werden soll. Die Versammlung protestiert gegen die neuen Ausführungsbestimmungen, wonach die Unterstühtung ganz erheblich gekürzt und für Ledige schon am 1. Oktober und für Verheiratete am 3. Dezember ganz aufhören soll. Die Versammlung hält es für heilige Pflicht der Reichsregierung, daß sie die Opfer ihrer unsmigen Zoll- und Steuerpolitik nicht dem Hunger und Elend preisgibt. Ferner beauftragt die Versammlung aufs tiefste, daß die sogenannten christlichen Arbeitervertreter der Regierung durch den Antrag Giesberts die Handhabe gegeben haben, daß diese die Staatsunterstühtung schon nach drei Viertel Jahren des Bestehens der Tabaksteuer kürzen und einstellen kann. Die Versammlung erklärt es für Pflicht aller Tabakarbeiter, dafür zu sorgen, daß jeder Tabakarbeiter, der noch nicht dem Deutschen Tabakarbeiterverbande angehört, sich diesem sofort anschließt, damit die Tabakarbeiter allen zukünftigen Fährnissen geschlossen gegenüberstehen. Die Versammlung hält es angeht, der steigenden Teuerung sowie angeht, der Erhöhung der Beamtengehälter und der Erhöhung des Einkommens der Krone um 3½ Millionen für notwendig, daß unverzüglich eine Massenagitation für den Deutschen Tabakarbeiterverband entfaltet wird, damit es dem Tabakarbeiter, dem Leermittler der Proletarier, auch möglich wird, seine traurigen Lohnverhältnisse aufzubessern.“

Leipzig. Am 9. Juli tagte hier im Volkshaus eine Mitgliederversammlung, in der der Kassierer die von den Revisoren

geprüfte und für richtig befundene Abrechnung vom 2. Quartal 1910 bekannt gab. Auf Antrag wurde ihm Decharge erteilt. Des weiteren wurde über die Tarifbewegung berichtet. Es haben bis jetzt 11 Fabrikanten einen Tarif mit uns abgeschlossen. Zur weiteren Fortführung der Tarifverhandlungen wurde eine aus den Kollegen Hensel, Ditz, Winkler, Pittsch und Franz bestehende Tarifkommission gewählt. Die vom Reichshofamt verfügte Kürzung bez. Entziehung der Reichsunterstühtung an arbeitslose Tabakarbeiter wurde gebührend beleuchtet und auf die am 24. Juli im Gasthof Neustadt stattfindende Protestversammlung hingewiesen mit der Aufforderung, recht rege Propaganda dafür zu machen. Zum Schluß wurde noch zum zahlreichen Besuch des Gewerkschaftsfestes am 31. Juli aufgefordert.

Dhlan. Hier fand am 15. Juli eine Tabakarbeiter- und Arbeiterinnenversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Abrechnung; 2. Wahl eines Kartelldelegierten; 3. Entziehung der Staatsunterstühtung der arbeitslosen Tabakarbeiter; 4. Verschiedenes. Die Abrechnung wurde von den Revisoren geprüft und für richtig befunden. Dem Kassierer wurde Entlassung erteilt. Als Kartelldelegierte wurde die Kollegin Frau Staroste gewählt. Im 3. Punkt sprach Kollege Langner über die Entziehung der Staatsunterstühtung. Die Folgen der Tabaksteuer haben die arbeitslosen Tabakarbeiter ohnehin so schwer getroffen, und nun solle ihnen auch noch die Staatsunterstühtung entzogen werden, obgleich noch nicht ein Jahr um ist, während doch laut Gesetz die Unterstühtungsdauer auf 2 Jahre festgesetzt worden ist. Dem Zentrum und den Konservativen haben wir es zu verdanken, daß wir Tabakarbeiter dem Hunger und Elend preisgegeben sind. Jeder Tabakarbeiter und jede Arbeiterin müßten aufgerüttelt werden durch die Lage, in die sie durch die Steuer gebracht worden sind, die Dhlaner Verhältnisse sind wahrlich nicht die rosigsten. Die Versammlung nahm einstimmig eine Resolution gegen die Entziehung der Unterstühtung an. Im Verschiedenen ermahnte Kollege Langner die Mitglieder, sie möchten dem Verband nicht den Rücken kehren, sobald sie eine Zeitlang Krankengeld oder sonstige Unterstühtung bezogen haben, sondern sie sollten ihm dann erst recht treu bleiben und tüchtig für ihn agitieren. Es fanden schließlich mehrere Aufnahmen statt.

Stuttgart. Am 12. Juli fand hier eine öffentliche Tabakarbeiterversammlung statt mit folgender Tagesordnung: Die Verhältnisse in unserm Gewerbe vor und nach der Tabakbesteuerung. — Der neue Erlaß des Bundesrats zur Unterstühtung der geschädigten Tabakarbeiter. — Die Gründung des Arbeiterbundes im Tabakgewerbe für das ganze Reich. Als Referent hierzu war der auf seiner Informationsreise durch Süddeutschland begriffene Gauleiter Kollege Franz Schnell-Gießen erschienen. In einem längeren Vortrage schilderte Redner die Lage in unserm Gewerbe und die Schädigungen durch das Tabaksteuergesetz. Kräftig verurteilte der Referent den Verrat des Zentrums an den Tabakarbeitern. Das Zentrum, so führte der Redner aus, hätte es ganz gern gesehen, wenn die Tabakarbeiter von der Regierung mit leerem Magen abgefertigt worden wären, aber um sich ein schönes Kleid vor seinen Wählern anziehen zu können, stimmte es der fargen Unterstühtung von 4 Millionen zu. Wie aber wurde diese Unterstühtung ausbezahlt! Es sind Fälle vorgekommen, wo man den hungernden Tabakarbeitern 52 Pf. als Unterstühtung angeboten hat! Teilweise wurde sie sogar ganz verweigert. Erst auf die wiederholte Vorstellung unserer Verbandsleitung ist eine gerechtere Verteilung der Unterstühtungsgelder vor sich gegangen. Nun erscheint die Regierung wieder auf dem Plan und erklärt, sie werde die Unterstühtung nur bis Ende Juli d. J. in ursprünglicher Form ausbezahlen und sie dann durch eine enorme Schmälerung und gänzliche Ausschaltung der ledigen unterstühtungsberechtigten Arbeiter am Ende d. J. aufgehen lassen. Die Regierung begründet dies damit, daß sie kein Geld habe. Ganz treffend bemerkte Redner hierzu, es sei doch sehr auffallend, daß die Regierung wirklich in solcher Geldverlegenheit lebe, während sie die Zivilliste im Hundumbrechen um 3½ Millionen erhöhe. Zum letzten Punkt übergehend, die Gründung des Reichseinheitsverbandes der Tabak- und Zigarrenfabrikanten, unterwirft Redner den neuen Zusammenschluß einer näheren Betrachtung und betonte, die Motive, die die Fabrikanten zu der neuen Kartellierung leiteten, seien nicht etwa Erreichung einer besseren geschäftlichen Verständigung oder Wahrnehmung von gemeinsamen Geschäftsinteressen, sondern einzig und allein das Bestreben, gegen die Arbeiter, gegen den Deutschen Tabakarbeiterverband besser vorgehen zu können; den christlichen Verband haben sie sowieso nicht zu fürchten; er ist vom Zentrum nur gegründet worden, um gegen das Vordringen des freien Verbandes arbeiten zu können und seine Mitglieder von der Aufklärung fernzuhalten. Darum sei es Pflicht eines jeden Kollegen, dem Beispiele der Fabrikanten zu folgen und sich eng zusammenzuschließen, um auch den letzten Fernstehenden dem Deutschen Tabakarbeiterverband zuzuföhren, denn nur dann sind wir imstande, machtvoll gegen den neuen Reichsverband aufzutreten. Reicher Beifall lohnte die Ausführungen des Redners. Zum Schluß wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die unterzeichneten Tabakarbeiter und Arbeiterinnen richten an den hohen Reichstag das ergebene Ersuchen, die arbeitslosen Arbeiter, welche durch die Tabaksteuer unverschuldet ihre Existenz verlieren, doch mindestens, wie ursprünglich festgelegt, bis zum 14. August 1911 mit drei Viertel ihres durchschnittlichen verdienten Lohnes zu unterstützen. Die Verdienstverhältnisse sind sowieso schon die denkbar schlechtesten, dazu kommen noch die allgemeinen Schädigungen durch die Tabaksteuer. Deshalb ist unser Ersuchen gewiß ein gerechtfertigtes.“ Eine entsprechende Resolution soll an den Bundesrat abgeschickt werden.

Literarisches.

Von der Dieserausgabe: Bebel, Aus meinem Leben, ist soeben Heft 8 und 9 zur Ausgabe gelangt. Es ist mit dieser Ausgabe ein in weiten Kreisen vielfach gewünschter Wunsch in Erfüllung gegangen.

Preis der alle 8 Tage von der Firma Paul Singer in Stuttgart herausgegebenen Hefte à 10 Pf.

Sämtliche Partei- sowie sonstige Buchhandlungen und Kolporteurs übernehmen die Auslieferung.

Der in seinem 35. Jahrgang vorliegende Neue Welt-Kalender für das Jahr 1911 (Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer u. Co. in Hamburg) enthält u. a.: Kalenderium. — Postalisches. — Beachtenswerte Adressen. — Statistisches. — Rückblick (mit Illustrationen). — Messen und Märkte. — Im Kreislauf des Jahres. — Die Hebergerritten — reiten! Von Heinrich Ströbel. — Goldene Worte. — Die Jubiläumslorte. Eine lustige Geschichte von A. Ger (mit Illustrationen). — Landarbeiterflucht. Von Otto Braun. — Wison im Gefängnis. Gedicht von Richard Wagner. — Eine neue Waffe. Von Simon Kagenstein (mit Illustrationen). — Schachtlied. Gedicht von Alfons Pegold. — Der Käse. Erzählung von Clara Viebig (mit Illustrationen). — Geschichtliche Missellen. — Auf parteilichem Boden in Westdeutschland. Von Dr. A. Conrady (mit Illustrationen). — Die Einwanderung in die Vereinigten Staaten (Statistisches). — Revolution in der Verkehrstechnik. Von Felix Linke (mit Illustrationen). — Nacht im Hafen. Gedicht vom Schelm von Bremen. — Sport und Arbeiter. Von Dr. R. Silberstein (mit Illustrationen). — Zwei Riesenkreiß (mit Illustrationen). — Unsere Toten (mit Porträts). — Barcelona. Eine Episode (30. Juli 1909). Gedicht von Ludwig Lessen. — Fliegende Blätter: Der Untergang. Humoreske von Paul Enderling (mit Illustrationen). — Für unsere Rüstlöhler. — Außerdem vier Bilder: Sonntagnachmittag. — Kein Feuer, keine Kohle kann brennen so heiß, als heimliche Liebe, von der niemand nichts weiß. — Jugend und Alter. — Waldmühsel. — Ein Dreifarbenbrud auf Kunstbruderpapier. Steinlopper. — Ein Wandkalender

Täglich zweimaliger
Post- u. Bahnversand
daher
denkbar schnellste
Bedienung!

Heinrich Franck

Preise verzollt per 1/2 kg gegen
Kasse. — Barkäufe über 5 Mk.
mit 3% Skonto. — Verpackung
wird nicht berechnet. — Bei
Kassebezug von 50 Pfund
einer Sorte 2% Extrarabatt.

Gegründet 1879 * * * Berlin N. 54, Brunnenstrasse 185 * * * Gegründet 1879

Grosses Angebot in Sumatra- Umblatt!

Nur tadellos brennende
Qualitäts-Tabake,
zu meinen sämtlichen
Deck-Tabaken vorzüglich
passend!

- Nr. 1460. 3. Länge, Lochblatt,
wie Vollblatt, leicht Mk. **1.60**
- Nr. 1438. 3. Länge, Lochblatt,
riesig blattig, fein . Mk. **1.70**
- Nr. 1462. 3. Länge, Vollblatt,
gross, fest, kernig Mk. **1.80**
- Nr. 1541. 4. Länge, Vollblatt,
ganz zartes helles
Blatt, riesig ergiebig Mk. **1.80**
- Nr. 1559. 4. Länge, Vollblatt,
sehr breitblatt., zart
hochfeine Qualität. Mk. **1.85**
- Nr. 1530. 2. Länge, Lochblatt,
blattig, fest, weich . Mk. **1.90**
- Nr. 1439. 3. Länge, Vollblatt,
kernig, blattig . . . Mk. **2.—**
- Nr. 1581. 4. Länge, Vollblatt,
Sandblatt, zart, un-
gemein ergiebig,
allerfeinst. Qualität.
Zugleich hellfahles
Deck für kleine Zi-
garren Mk. **2.—**

Durchweg leicht
auf der Hand, zartblattig
und doch fest, infolge-
dessen
ideal vorteilhaftes
Umblatt-Material.

Die vierten Längen sind
sämtlich mit Rippe zu ver-
arbeiten, daher
besonders ergiebig!

Beordern Sie in Ihrem eigenen Interesse sofort Proben!

Ein Heilschatz ersten Ranges

Ist der Ramscheider Stahlbrunnen! So beschließt Geh. Medizinal-
rat Prof. Dr. Liebreich eine längere Abhandlung über diesen
eigenartigen Kurbrunnen, „der vermöge seiner glücklichen Zu-
sammensetzung eine Reihe von Wirkungen entfaltet, die ihn zur
Anwendung bei ganzen Gruppen von Erkrankungen geeignet
machen.“

Dankesworte nach erfolgreichen Kuren: „Ich litt seit
3 Jahren an Blutmangel, Bleichsucht, großer Nervenschwäche,
Verdauungs- und Magenschwäche, Rückenschmerzen und Sodbrennen;
meine Kräfte gingen so zu Ende, daß ich meine Arbeit
nicht mehr verrichten konnte. Durch den Gebrauch von 30 Flaschen
Ramscheider Stahlbrunnen bin ich Gott sei Dank wieder so weit
hergekommen, daß ich alle Arbeiten verrichten kann.“ — „Wir können
es mit Recht sagen, daß wir durch dieses köstliche Wasser unsere
Gesundheit wieder erlangt haben.“ — „Ich gestehe offen, daß ich
seit dieser Kur erst weiß, wie es einem gefunden Menschen zu-
mute ist. Meine fürchterlichen Kopfschmerzen sind seitdem gänzlich
verschwunden. Ich wagte anfangs gar nicht, dem Wasser
diese Kraft zuzuschreiben, sondern glaubte fast mehr an Einbil-
dung. Aber heute kann ich mit Bestimmtheit sagen, daß ich nur
diesem Wasser mein Wohlbefinden verdanke.“ — Solche Worte
der Anerkennung nach erfolgreichen Kuren sind der beste Beweis
für die trefflichen Eigenschaften dieser Heilquelle. Trinkkuren
im Hause mit Ramscheider Stahlbrunnen warm empfohlen. Keine
Berufsstörung. Ausführliche Mitteilungen über Kurverfolge, An-
wendungsgebiet und Bezug des Brunnens kostenlos durch: Ram-
scheider Stahlbrunnen in Düsseldorf O. 77.

Otto Urbahn Berlin C 25 Landsberger Strasse 79

Empfehle als besonders preiswert
Sumatra-Deck., Stückbl., 2. u. 2.25
Sumatra-Umblatt von 150 $\frac{1}{2}$ an
Java-Umblatt von 160 $\frac{1}{2}$ an
Java-Einlage von 110 $\frac{1}{2}$ an
St. Felix-Brasil von 150 $\frac{1}{2}$ an
Carmen von 110 $\frac{1}{2}$ an
Domingo von 110 $\frac{1}{2}$ an
Losgut, prima 100 $\frac{1}{2}$
Inländische Tabake 100 105 $\frac{1}{2}$
Preise verzollt einjäh. Wert-
zoll per Pfund mit 3 Prozent
Stonto von 10 Mk. an.
Versand nur unter Nachnahme.
Utensilien wie Lack, Band, Sti-
kett., Ringe, Papier,
Arbeitsmess., Gummi-Traganth etc.
in reicher Auswahl zu billigsten
Preisen stets am Lager.

Hermeking & Boy Berlin N., Brunnenstrasse Nr. 183 Roh-Tabak Bedarfs-Art.

Sumatra-Decke, sehr große Auswahl
hellfarb. Stückblatt 350, 400, 440 $\frac{1}{2}$,
hellfarb. Vollblatt à 300, 325, 350, 375,
400, 470, 475, 600 $\frac{1}{2}$
mattfarbiges Sandblatt à 325 u. 350 $\frac{1}{2}$
mittelfarbiges Vollblatt à 250, 260,
280, 300, 350, 375, 400, 450, 475, 500 $\frac{1}{2}$
Hell. Vollbl. à 180, 190, 200, 230 $\frac{1}{2}$ fast
Vorstenland-Decke à 195, 210, 250, 350 $\frac{1}{2}$
Java-Decke, große Deckkraft à 250, 300 $\frac{1}{2}$
Java 110, 115, 120, 125, 145, 170, 180 $\frac{1}{2}$
Mexiko-Deck-Ersatz à 225, 260, 300 $\frac{1}{2}$
Brasil à 135, 145, 150, 165, 185, 200 $\frac{1}{2}$
Brasil-Decke à 300, 350 $\frac{1}{2}$
Carmen à 110, 115, 120, 130, 135, 150, 160
Domingo à 110, 115, 120, 140, 145, 170 $\frac{1}{2}$
Yara-Cuba, großartige Qual. 350, 400 $\frac{1}{2}$
Havanna in Mel. à 300, 350 $\frac{1}{2}$
Losgut garant. überfein, fern- 100 $\frac{1}{2}$
Uckermärker à 95 $\frac{1}{2}$, la 100 $\frac{1}{2}$
Wickelformen, neue, zu Originalpreisen,
gebrauchte viele moderne Fassons
soeben wieder eingetroffen
Pressen zu 10 Formen 8, 10, 16 $\frac{1}{2}$,
mit Rad 19 $\frac{1}{2}$, ganz Eisen 26 $\frac{1}{2}$
Presskasten zu 1000 Zigarren nur 550 $\frac{1}{2}$
Rollbretter 175, 200, Eichenholz 300, 400 $\frac{1}{2}$
Bündelböcke, verstellbar, nur 125 u. 225 $\frac{1}{2}$
Arbeitsmesser v. J. A. Pentels 20, 30, 35 $\frac{1}{2}$
Laok, 8 Stangen 25 und 30 $\frac{1}{2}$
Papier, blau, ca. 40 Bogen 20 $\frac{1}{2}$, rot 25 $\frac{1}{2}$
Band, 50 Meter von 60 $\frac{1}{2}$ an
Ringe ff. nur 20, 25 $\frac{1}{2}$, mit Porzellan 45 $\frac{1}{2}$
Etketten von 35 $\frac{1}{2}$ per 100 Stück an
Gummi Traganth à 175, 200 u. 250 $\frac{1}{2}$ p. Pfd.
Amlac, engl., in Driglbüschl. $\frac{1}{2}$ Drigpreis.
Gebrauchte Arbeitstische, Pressen,
Rahmen, Siebe stets am Lager.
Preise per Kasse ohne Abzug.
Versand unter Nachnahme!
Preise verzollt inkl. Wertzuschlag und Kasse mit 3 Prozent Stonto.

L. Cohn & Co., Berlin N.

Telegr.-Adresse Brunnenstrasse 24 Fernsprecher
Formencohn Berlin Amt III, 513

Vollständige Einrichtungen für Zigarren-Fabriken
neu und gebraucht
unter denkbar günstigsten Bedingungen.

Grösstes Fabrik- und Handelsgeschäft der Rohtabak-
und Utensilien-Branche Gegründet 1870

Deutschlands grösstes Wickelformenlager
Ständiges Lager v. über 30000 Wickelformen in ca. 800 Fassons
Jedes Fasson in neu und gebraucht am Lager
Grösstes Rohtabak-Lager
Amerikanische sowie deutsche Tabake
Man fordere unsere Preislisten. — Man verlange unsere neuesten
Modellbogen. — Zusendung kostenlos sofort.

Rohtabak!

Post- u. Bahnversand zu Engrospreisen
Sumatra, Vollblatt, 3. L., hell., tadellos.
Brand 230 $\frac{1}{2}$.
Sumatra, Vollbl., 1. u. 2. L., hell., tadellos.
Brand 360 $\frac{1}{2}$.
Borneo, Deckbl., 2. L., schöner Brand 150 $\frac{1}{2}$.
Domingo, Deckblatt (Rocca) FF. Espe-
ciales 150 $\frac{1}{2}$.
Ceedleaf (feiner Connecticut), zart 140,
145, 150 $\frac{1}{2}$.
Java-Umbl. u. Einl. 110, 125, 140, 150, 160.
Sum.-Umbl. 135, 140, 145, 150, 155, 160 $\frac{1}{2}$.
Savanna, leichte, lose Blätter 140, 150 $\frac{1}{2}$.
Mexiko (feine St. Andre), Umblatt 135 $\frac{1}{2}$.
Brasil-Umbl. u. Einl. 110, 125, 130, 135,
140, 145, 150, 160 $\frac{1}{2}$.
Losgut (nur ausländische Tabake) meist
Umblatt 100 $\frac{1}{2}$
sowie sämtliche ausländische Tabake bis
zu den feinsten Sorten äußerst billig.
Karl Ramm, Rohtabaklager
Altona a. G., Bahrenstr. 44/46.

Hygienische
Bedarfsartikel. Neuest. Katalog
m. Empfehl. viel. Aerzte u. Prof. gratis u. fr.
H. Unger, Gummiwarenfabrik
Berlin NW., Friedrichstrasse 91/92.

Meine Ariadne-Fahrräder

mit 3 Jahre Garantie bei franko Zusendung
sind erstklassige Qualitätsmaschinen
in Preis und Ausführung **unübertroffen**
Solide Herrenräder mit Pneumatik von M 44 an.
Fahrrad-Zubehör staunend billig
SPECIALITÄT PNEUMATIKS: Laufdecken von M. 1.90 an
Laufdecken mit 1 Jahr Garantie, M. 4.40 4.75 etc.
Auch in NÄHMASCHINEN, UHREN,
MUSIKINSTRUMENTEN etc. biere ich Ihnen
Franz Verheyen, Frankfurt a. M.
Verlangen Sie sofort umsonst & portofrei
Prachtkatalog N^o 30.

Bernhard R. Müller

Magdeburg, Fürstenwallstr. 9.
Ältestes Rohtabakgeschäft der Provinz. — Gegründet 1886.
Sumatra- und Java-Decken 1.70, 1.85, 2.00, 2.30, 2.40, 2.60, 2.80
3.00, 3.20, 3.40, 3.60, 4.00, 4.30, 4.50, 5.30 $\frac{1}{2}$. — **Java** 1.00, 1.02, 1.05
1.10, 1.25, 1.50, 1.60, 1.70 $\frac{1}{2}$. — **Domingo** und **Carmen** 1.08, 1.10
1.15, 1.25, 1.40, 1.50 $\frac{1}{2}$. — **Felix** 1.10, 1.30, 1.35, 1.40, 1.50, 1.60, 1.80,
Deck 2.15 $\frac{1}{2}$. — **Losgut**, blattig und gesund, 1.05 $\frac{1}{2}$. — **Uckermärker**
90 und 96 $\frac{1}{2}$. — **Elsässer** 96 $\frac{1}{2}$. — **Pfälzer** 96 $\frac{1}{2}$. — **Holländer**
Umblatt 1.00 und 1.15 $\frac{1}{2}$.
Diskont gewähre 3 Prozent. — Versand nur unter Nachnahme.